



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 8

**Neuer Aktionsplan
der IG Metall**

LEBEN

SEITE 18

**Kurzarbeitergeld:
Wichtige Antworten**

ARBEIT

SEITE 23

**Versichert auf
dem Arbeitsweg**

BEZIRK

SEITE 28



GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Kampagne der IG Metall

**EURE MEINUNG
IST GEFRAGT!**

INHALT

THEMEN IM HEFT



Einmischen gegen die Krise

Die Krise ist inzwischen bei vielen Menschen angekommen. Betriebe schicken ihre Beschäftigten in Kurzarbeit, befristete Verträge werden nicht verlängert und vielen Leiharbeitern bleibt nur noch der Gang zur Arbeitsagentur. Was für die Menschen angeblich gut ist, haben viel zu lange Wirtschaftsverbände und ihre Lobbyisten bestimmt. Für die IG Metall ist es höchste Zeit, die politischen Weichen neu zu stellen. Der Mensch muss wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken.

SEITE 10 BIS 15

Titelfotos: Carmen Jaspersen, Jürgen Pollak, Christian v. Polentz



Foto: moorrun / fotolia.com

Serie: Nicht ohne Europa

Am 7. Juni ist Wahl des Europaparlaments. In unserer Serie stellen wir vor, welche Rolle die europäische Politik spielt. **SEITE 6**



Foto: Frank Rumpenhorst

Kurzarbeitergeld

Eure Fragen von Experten beantwortet: Die wichtigsten Informationen zum Kug zusammengefasst. **SEITE 18**



Foto: quayside / fotolia.com

Suchtprobleme am Arbeitsplatz

Egal ob Alkohol, Drogen oder andere Verführungen: Wer bei einem Kollegen eine Sucht vermutet, sollte handeln. **SEITE 24**

Anzeige

BETRIEBSRATSQUALIFIZIERUNG



Krisenhilfe



Sonderprogramm mit wertvollen Infos unter:
www.betriebsratsqualifizierung.de

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber:
Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 0800-446 38 25
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

Internet:
www.igmetall.de

Vertrieb:
Reinhold Weißmann
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon: 06151-81 27-200,
Fax: 06151-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Opel und die Krise**
IG Metall fordert: Staat muss Verantwortung übernehmen
- 5 **Jubiläum des Tarifgesetzes**
Geregelter Lohn seit 60 Jahren
- 5 **Managergehälter**
Ein Gesetz soll die Gehälter von Managern begrenzen
- 5 **Tarifergebnis Textil und Bekleidung**
Ab Mai mehr Geld
- 6 **Europa-Serie Teil 2**
Vereinte Kräfte bei europäischen Werftarbeitern
- 7 **Entlassen ohne Grund**
Oder: Wie Arbeitgeber Nichtigkeiten ausnutzen
- 7 **Kranken-Rückkehrgespräche**
Bei Daimler soll es dubiose Gespräche gegeben haben
- 7 **Kurzarbeit**
Stand der Dinge und was die IG Metall erreicht hat
- 8 **In Kürze**
- 8 **Frankfurter Appell**
Für einen umfassenden Systemwandel
- 9 **Attacke auf Betriebsrat**
In der Firma Aleris wird die Mitbestimmung unterdrückt
- 9 **Die Pflaume des Monats**
Georg Funke

TITEL

- 10 **Gemeinsam für ein gutes Leben**
Damit nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Verlierer der Krise werden, mischt sich die IG Metall mit Forderungen und einer neuen Kampagne ein. Und jeder kann darüber mitreden, was zu einem guten Leben dazu gehört.

LEBEN

- 16 **Recht so!**
Verdachtskündigungen: Was ist rechtens, was nicht?

- 16 **Termin merken**
Girls´ Day
- 16 **IGeL-Medizin**
Gesundheit gegen Geld
- 17 **Leserbriefe**
- 18 **Kurzarbeitergeld**
Antworten auf wichtige Fragen rund ums Kurzarbeitergeld
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Ein Metaller erhält das Bundesverdienstkreuz
- 20 **Laut und Leise**
Drei Buchtipps
- 20 **Guter Rat: Schulden**
Wer Schulden hat, braucht Rat: Telefonaktion am 6. April
- 21 **Rätsel**

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Wie die Bochumer Eisenhütte sich selbst gerettet hat
- 23 **Rechtsfall**
Versichert auf dem Arbeitsweg?
- 23 **Neues Produkt**
Der ökologisch korrekte Bleistift
- 24 **In Kürze**
- 24 **Tipps für den Job**
Was tun bei einem Problem mit Alkohol?
- 25 **Besser mit Bildung**
Thyssen-Krupp: Junge Leute klären über Krise auf
- 25 **Nachtstrom**
Nachtspeicherheizungen lohnen sich nicht mehr
- 26 **Ökonomie mal anders**
Mitbestimmung: wichtiger denn je
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Personalabbau
- 27 **Die Zahl:**
Thema Schuldenbremse
- 27 **Karikatur: Biggi Stahl**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

In letzter Minute

Die Wirtschaftsprognosen sind alles andere als rosig. Die IG Metall wird jetzt noch stärker eingreifen. Vor allem mit einem konkreten Forderungskatalog an Politiker und Unternehmer. **SEITE 8 UND 9**

EDITORIAL

JETZT LAUT WERDEN



Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, über die neue Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«

Foto: Gaby Gerster

Gemeinsam für ein gutes Leben

Wir wollen gemeinsam unsere Ansprüche gegenüber der Politik und gegenüber den Unternehmen formulieren.

In diesen Tagen starten wir unsere Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«. Wir werden aktiv und wollen Zeichen setzen. Denn die derzeitige Krise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis einer Politik, bei der die Interessen der Menschen jahrelang im Hintergrund standen. Was zählte, waren die Interessen der Unternehmen und die Gier nach schnellem Profit. In der Krise drohen nun Dinge, die wichtig für ein gutes Leben sind – ein sicherer Job, ordentliches Einkommen, soziale Sicherheit und Planbarkeit des Lebens – noch stärker als bisher verloren zu gehen.

Dem wollen wir unsere gemeinsamen Werte entgegenstellen: Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt. Diese Werte müssen wieder Maßstab des Handelns von Politikern und Unternehmern werden. Wir fordern nicht nur etwas von anderen, wir handeln selbst. Wir nehmen ernst, was die Beschäftigten sagen, und wir wollen sie

einbeziehen. Deshalb liegt dieser metallzeitung ein Fragebogen bei. Wir wollen wissen: Was ist für ein gutes Leben wichtig? Was soll sich ändern? Jede und jeder Beschäftigte hat die Möglichkeit, sich an dieser Befragung zu beteiligen und so seine »Stimme für ein gutes Leben« zu erheben. Wir wollen ins Gespräch kommen: In den Betrieben und in der Öffentlichkeit wollen wir Bewegung für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt schaffen.

Im Wahljahr 2009 geht es nicht zuletzt darum, dass wir unsere Anforderungen an eine gute Politik laut und deutlich formulieren. Mit den Ergebnissen der Befragung wollen wir die Politik konfrontieren, um sie zu einem Handeln im Interesse der Menschen zu bewegen. Auch deshalb geht es um möglichst viele Stimmen. Je mehr wir sind, desto größer ist das Gewicht, mit dem wir unsere Anliegen vortragen können. Gemeinsam können wir uns einsetzen – für ein gutes Leben.

Detlef Wetzel

OPEL UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE

»Ich bin systemrelevant«

Beschäftigte bei Opel und in vielen anderen Betrieben bangen um ihre Arbeitsplätze. Die Krise verschärft sich. Die Regierung hat kein Konzept. Banken retten reicht nicht. Die IG Metall fordert, dass der Staat mehr Verantwortung für die Wirtschaft übernimmt.

»Systemrelevant« – ein Fremdwort hat Chancen, Unwort des Jahres zu werden. Dank Angela Merkel. Anfang März verkündete die Kanzlerin, Unternehmen seien, anders als Finanzinstitute, nicht systemrelevant. Im Klartext: Es ist okay, dass die Steuerzahler Banken, die sich verzockt haben, mit zig Milliarden unter die Arme greifen. Aber Firmen in Not sind keine staatliche Hilfe wert. Erbooste Opelner aus Rüsselsheim gingen mit großen Pappen vors Werk. Darauf hatten sie geschrieben: »Ich bin systemrelevant«, »Mein Arbeitsplatz ist systemrelevant« und »Meine Familie ist systemrelevant«.

Wenn Opel nicht mehr wäre, würden 50 000 Menschen in den europäischen Werken ihre Arbeit verlieren. Jeder vernichteten Stelle würden vier weitere bei Zulieferfirmen folgen. Außerdem 200 000 in Opel-Werkstätten und bei Autohändlern. Insgesamt über 400 000. Nicht »systemrelevant«?

Katastrophe – immer wieder fällt dieses Wort, wenn der IG Metall-Chef von Eisenach, Uwe Laubach, die Stimmung in der Stadt beschreiben soll. Sieben bis acht Firmen fallen ihm auf Anhieb ein, die jetzt schon insolvenzgefährdet sind. Opel ist der größte Industriebetrieb am Ort. Das Autowerk und seine Zulieferfirmen sichern in der 43 000-Einwohner-Stadt rund 3000 Arbeitsplätze. Wenn sie nicht blieben, »könnte man aus der ganzen Region einen Naturschutzpark machen«, sagt Laubach. In Rüsselsheim, wo etwa 15 500 Menschen bei Opel arbeiten, lebt die ganze Stadt davon. Wo sollten die Leute hin, wenn es Opel nicht mehr gäbe? Welche Firma stellt in der Krise Neue ein? Ist der wirtschaftliche Ruin ganzer Städte nicht »systemrelevant«?



Foto: Erztelberger / dpa / pa

Ein Unternehmen wie Opel aufzugeben, wäre eine volkswirtschaftliche Verschwendung, findet Armin Schild. Der IG Metall-Bezirksleiter in Frankfurt ist im Aufsichtsrat von Opel. »Das ganze technologische Know-how, das hier entstand, würde kostenlos der amerikanischen Mutter General Motors zufallen.« In der Elektromobilität sei Opel Weltmarktführer. Mit dem Ampera, der 2011 auf den Markt kommen soll, habe Opel als einziges Unternehmen ein fast serienreifes Elektroauto entwickelt.

Opel hat seine Probleme nicht selbstverschuldet, es ist in den Abwärtssog von GM geraten. »Warum soll es dafür büßen, dass alle Autokonzerne Überkapazitäten aufgebaut haben?«, fragt Schild.

Opel-Betriebsräte und IG Metall wollen das Autounternehmen

in eine europäische Aktiengesellschaft umwandeln, an der sich neben GM Investoren, europäische Staaten, Händler und die Beschäftigten beteiligen könnten.

Ginge Opel pleite und die Opelner würden arbeitslos, würde das die öffentliche Hand fast 6,5 Milliarden kosten. Um als Europa-AG weiter existieren zu können, sind 3,3 Milliarden Euro nötig. Das meiste als Bürgschaften, 1,2 Milliarden müssten europäische Staaten tatsächlich zuschießen. Dafür, rechnet Schild vor, könnten die Europäer sich den Technologievorsprung sichern. Sie könnten Opel zwingen, Zukunftstechnologien zu entwickeln. Denn wenn der Staat Steuergeld hergibt, sollte er auch über die Unternehmenspolitik mitreden.

Dazu müssten sich die Politiker aber erst einmal klar werden, dass Firmen und die Menschen, die in ihnen ihr Geld verdienen, »systemrelevant« sind. Sie müssen »ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden«, mahnt Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Dazu bräuchten sie ein Konzept, um die Wirtschaft zu erneuern. Opel ist zwar ein Sonderfall, aber in der Krise befindet sich die gesamte Wirtschaft. Im Ausmaß der Krise »zeigt sich das Scheitern einer Politik, nach der der Markt alles selbst regeln soll«, sagt Huber. Aber der Markt sei »blind für die sozialen, ökologischen und langfristigen wirtschaftlichen Folgen seines Tuns«. Nie wieder dürfe es ein »Zurück zu dieser Wirtschaftspolitik geben«.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Tarifvertragsgesetz wird 60

Der Metaller und Gewerkschaftshistoriker Udo Achten wirft einen Blick zurück. Und sagt, was auch heute noch »wie früher« ist.

Vor knapp hundert Jahren formulierte der Sozialdemokrat Adolf Braun den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen mit starken Worten: »Tarifverträge sind keine Friedensverträge, sondern Waffenstillstandsabkommen auf Zeit.« Damals musste man den Unternehmern die Tarifverträge mühsam abringen. Sie standen meist am Ende von Streiks. Um besser planen zu können, Ruhe vor einem Streik zu haben und um Schmutzkonkurrenz (also Firmen, die unterdurchschnittlich bezahlen) zu vermeiden, hatten schließlich auch die Unternehmer Interesse an festen Verträgen. Von einem Teil der Arbeiter wurden sie zunächst skeptisch gesehen, weil ihnen durch die Friedenspflicht die Hände gebunden waren und sie damals noch kein einklagbares Recht auf Einhaltung der Verträge hatten.

Eine neue Errungenschaft gab es im Zuge der Novemberrevolution 1919: Der Staat räumte den Kollektivverträgen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften den Vorrang ein vor schlechteren Regelungen. Vor sechzig Jahren wur-

de dann, nach den Erfahrungen im Faschismus, das Tarifvertragsgesetz verabschiedet. Es sichert den Tarifvertragsparteien weitgehende Autonomie bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Arbeitsbeziehungen.

Zurzeit gelten in Deutschland etwa 70 000 abgeschlossene Tarifverträge. Viele Fragen bleiben offen, beziehungsweise stellen sich neu. Betriebliche Unterschiede stellen sich in Zeiten der Hochkonjunktur anders dar als in der Krise. Auch heute gibt es noch Probleme, wie zum Beispiel »Gelbe Gewerkschaften«, die sich arbeitgebernah verhalten. »Wirtschaftsfriedlich« von Unternehmern Gnade bezahlte Vereinigungen (zum Beispiel die AUB bei Siemens) versuchen, die Durchsetzungsfähigkeit zu schwächen. Viele Arbeitgeber versuchen auch, die Betriebsräte zu Ersatztarifparteien umzufunktionieren. Gelänge dies, bliebe nichts mehr als ein »Betteln« um mehr Lohn. Und dagegen wehrt sich die IG Metall wie schon in den Anfangszeiten. Denn das Tarifvertragsgesetz ist nur Schutzschild, wenn es von starken Händen gehalten wird. ■



Alexander Reinhart aus Flein

»**GUTES LEBEN**
BEDEUTET FÜR MICH:

... eine Perspektive zu haben und positiv in die Zukunft schauen zu können.«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

Foto: Jürgen Pollak

Managergehälter werden schärfer reguliert

Die Bundesregierung will Managergehälter begrenzen und an das langfristige Unternehmenswohl binden. Unter anderem soll nun der gesamte Aufsichtsrat verpflichtet sein, für angemessene Vergütungen zu sorgen. Bei Misserfolg, auch bei Entlassungen und Lohnkürzungen, sind Vergütungen zu senken. Manager sollen Aktienoptionen erst nach vier Jahren einlösen können. Dies soll das kurzfristige Renditedenken eindämmen, das laut Justizministerin Zypries »in erheblichem Maß zur gegenwärtigen Krise beigetragen hat«. Der Bundestag will

die Gesetzesänderung noch vor der Sommerpause beschließen.

Die neuen Regeln für Managergehälter greifen wesentliche Vorschläge der IG Metall auf. »Das geht in die richtige Richtung, bringt mehr Transparenz und Nachhaltigkeit«, meint IG Metall-Justitiar Thomas Klebe, der beratend in Berlin beteiligt war. »Ergänzt werden müsste noch, dass Managergehälter nur bis zu einer Million Euro steuerlich absetzbar sind. Und dass das »Unternehmenswohl« auch das Wohl der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit einschließt.« **de**

»Akzeptabler« Tarifabschluss: Mehr Geld oder Beschäftigungszusage

Ab Mai gibt es in der Textil- und Bekleidungsindustrie mehr Geld. Tausende Beschäftigte hatten im März an Warnstreiks teilgenommen.

Die rund 85 000 Beschäftigten in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie bekommen ab Mai mehr Geld: bis Dezember jeden Monat 42,50 Euro, Auszubildende die Hälfte. Ab Januar 2010 erhalten alle 1,5 Prozent mehr. Zusätzlich werden die Löhne und Gehälter dauerhaft um 40 Euro erhöht (Azubis 20 Euro). Das Urlaubsgeld steigt ab 2010 um 1,5 Prozent. Für die Monate Januar und Februar 2011 gibt es einmalig 99 Euro, für Azubis 49,50 Euro. Dann endet der neue Tarifvertrag.

Die 42,50 Euro monatlich können um sieben Monate bis Dezem-



Foto: Andreja Donko / Fotolia.com

Sauber eingefädelt: Näherinnen bekommen bald mehr Lohn.

ber 2009 verschoben oder gekürzt oder ganz gestrichen werden, außer bei den Azubis. Auch die 1,5 Prozent Plus ab 2010 können bis spätestens Jahresende verschoben oder gekürzt werden. Allerdings dürfen die Arbeitgeber Erhöhungen nur dann später auszahlen oder verringern, wenn der Betriebsrat zustimmt und im Gegenzug Beschäftigungssicherung vereinbart wird.

Zunächst hatten die Arbeitgeber sechs Monate gar nichts zahlen wollen, danach sechs Monate je 20 Euro und dann zwölf Monate 1,5 Prozent plus, aber alles ver-

schiebbar oder komplett aussetzbar, ohne Beschäftigungszusage. Mehrere tausend Beschäftigte bundesweit hatten dieses erste Angebot mit Warnstreiks und Protestaktionen quittiert.

Die IG Metall wertet das Tarifiergebnis angesichts der Krise als »akzeptabel«.

Die Verhandlungen für Ostdeutschland haben erst später angefangen. Aktuelles dazu und mehr zum Abschluss für den Westen gibt es im Internet. **syk**

► www.igmetall.de
→ Tarife → Tarifrunden



Europa ließ Schiffbau nicht untergehen

Vor zehn Jahren gingen in Europa die Beschäftigten einer Branche zum ersten Mal gemeinsam auf die Straße. Für den Schiffbau sah es düster aus. Doch die Aktion zeigte Wirkung. Die europäischen Politiker setzten sich für die Branche ein.

Vor zehn Jahren standen im europäischen Schiffbau die Zeichen auf Sturm. In Asien waren riesige Werften aus dem Boden geschossen, die besonders kleinen und mittelständischen Betrieben in Europa das Leben schwer machten. Mit Dumpingpreisen trieben sie die Konkurrenz in einen ruinösen Wettbewerb. Innerhalb von zehn Jahren verlor der westeuropäische Schiffbau fast zehn Prozent seines Marktanteils, wäh-

rend der Anteil der asiatischen Konkurrenz in ähnlicher Größenordnung wuchs.

Gewerkschaftern wie Heino Bade vom IG Metall-Bezirk Küste und Andrea Husen vom Europäischen Metallarbeiterbund (EMB) in Brüssel war schnell klar: »Wenn wir den Schiffbau retten wollen, dann geht das nur auf europäischer Ebene.« Doch von dort kamen zu diesem Zeitpunkt keine guten Nachrichten für die

Branche. Die EU hatte entschieden, die Wettbewerbshilfen abzubauen. »In Europa hatten viele Länder den Schiffbau schon aufgegeben,« erinnert sich Andrea Husen. »Der gesamte Industriezweig drohte, komplett den Bach runterzugehen.«

Doch damit wollten sich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht abfinden. Im November 1999 organisierten sie einen europaweiten Aktionstag.

In zwölf Ländern demonstrierten rund 120 000 Menschen gleichzeitig für die Zukunft ihrer Branche. Darunter auch Udo Stangen, Betriebsrat bei HDW in Kiel. »Mit diesem Aktionstag betraten wir völliges Neuland. Wir waren die erste Branche, die sich europaweit zusammenschloss. Hätten wir das nicht getan, dann hätte die asiatische Konkurrenz uns arbeitslos gemacht.«

Der Aktionstag zeigte Wirkung. Die EU nahm Verhandlungen mit Südkorea auf, sie rief die Welthandelsorganisation WHO an und setzte sich für ein neues OECD-Abkommen ein, um langfristig faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Zwei Jahre später setzte der Rat der Industrieminister schließlich ein klares Zeichen, dass er unlautere Praktiken im Welthandel nicht länger dulden würde, und beschloss, die Schiffbauindustrie zeitweilig zu unterstützen.

»Die Kommission hat sich damals beispielhaft vor die Branche gestellt«, sagt Andrea Husen vom EMB. Mit den Aktionen hatten die Gewerkschaften den Weg ebnet für wichtige industriepolitische Entscheidungen, ist sich die Gewerkschafterin sicher. So wurden eine Technologieplattform und Innovationsbeihilfen eingeführt. »Die EU hat eine wichtige Branche für Europa erhalten, nicht einfach durch Subventionen, sondern durch einen guten industriepolitischen Mix.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



STAPELLAUF EINES CONTAINERSCHIFFS AUF EINER HAMBURGER WERFT

Vor zehn Jahren sah es für den europäischen Schiffbau nicht gut aus. Durch gemeinsame Aktionen erreichten die Beschäftigten schließlich, die Branche in Europa zu erhalten.

In der nächsten Folge geht es um aktuelle Fragen in Europa.

Menschlichkeit nicht gefragt

Die Kündigung von »Emily« ist kein Einzelfall. Auch Bosch in Murrhard hat zwei Beschäftigte gefeuert – wegen einer Lapalie.

Spätestens der Fall der Kassiererin »Emily« hat gezeigt, wie reformbedürftig das Arbeitsrecht ist. Ein bloßer Verdacht reicht aus, um Beschäftigte als unzuverlässig abzustempeln und zu feuern. Die Urteilsschelte der Politik lenkt eher vor fälligen Reformen ab.

Weniger bekannt sind ähnliche Fälle aus der Metallindustrie. Die Murrharder Werkstatt-Arbeiterin Julia Neumann, 40, (Name geändert) und ihr Sohn Jürgen mussten gehen, weil Jürgen den Ausweis seiner Mutter durch die Stechuhr zog. Julia N. schnürte derweil die Sicherheitsschuhe. Rein formal ist diese Serviceleistung nicht erlaubt, die geltende Arbeitsordnung lässt so etwas nicht zu. Dabei wurde im Fall von Julia N. und ihres Sohnes gar nicht getrickst. Denn die Werkstattarbeiterin war pünktlich um 5.57 Uhr an ihrem Arbeitsplatz,

drei Minuten vor Arbeitsbeginn. Bosch ist keinerlei Schaden entstanden, und Julia N. hat sich auch nicht bereichert. »Mein Sohn wollte mir doch nur einen Gefallen tun«, erläuterte sie. Dennoch holte die Geschäftsleitung die Keule heraus. »Die Menschlichkeit bleibt immer auf der Strecke«, kommentierte auch die Waiblinger Kreiszeitung enttäuscht. Julia N. hat das nichts genutzt. Sie verlor ihre Klagen in zwei Instanzen und wurde arbeitslos.

Ein ähnliches Schicksal hatten auch zwei Dortmunder Bäcker. Sie hatten Schafskäsepaste abgeschmeckt und dafür die fristlose Kündigung erhalten. Doch die Arbeitsrichterin lehnte die Kündigungen ab. Es sei »absolut unverhältnismäßig«, einen Mitarbeiter nach 24 Jahren für einen Biss Käsecreme zu entlassen. **hab**



Foto: Ulrich Baumgarten / Vario Images

Keine Gnade bei Bosch: Ein- und Ausstempeln muss jeder selbst.

Daimler hat Datenschutz Kranker verletzt

Baden-Württembergs Datenschutz-Aufsichtsbehörde hat die bei Daimler in Untertürkheim praktizierte Form von Krankrückkehrgesprächen beanstandet. So seien bei derartigen Gesprächen unerlaubt Krankheitsdiagnosen und -ursachen erhoben worden, sogar aus dem privaten Bereich.

Parallel sei betroffenen Beschäftigten verschwiegen worden, welche Angaben freiwillig sind und an wen die Daten weitergegeben werden. Bei der späteren Erörterung am »Runden Tisch«

hätten sich außerdem unerlaubt Meister anderer Abteilungen oder ein Werksarzt beteiligt. Die Datenschutz-Behörde hat den Autobauer aufgefordert, das bisher praktizierte Verfahren – »sofern es fortgesetzt werden sollte« – abzuändern und mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften in Einklang zu bringen.

Betriebsräte sehen in der Rüge einen Erfolg für die Belegschaft. Metaller Martin Bott: »Die Firma sollte ihre Energie dafür verwenden, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.« **fra**



Tim Elvers aus Hamburg

**»GUTES LEBEN
BEDEUTET FÜR MICH:**

... eine gute soziale, finanzielle und berufliche Planungssicherheit und einen Lebensstandard, der mir Freiräume ermöglicht, um mein Leben so zu gestalten, wie ich es mir vorstelle.«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

Foto: Cordula Kropke

IG Metall-Erfolg: Kurzarbeit besser

IG Metall-Vorschläge zur Kurzarbeit fast vollständig umgesetzt.

Der Bundestag hat die Bedingungen für Kurzarbeit deutlich erleichtert. Die maximale Dauer ist von 12 auf 18 Monate verlängert. Leihbeschäftigte und Befristete müssen nicht mehr raus. Sie können an Bord bleiben und haben ebenfalls Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Minusstunden auf den Zeitkonten sind nicht länger Voraussetzung. Auch die Auflage, dass mindestens ein Drittel der Belegschaft betroffen sein muss, ist gestrichen. Nun gibt es auch schon für einzelne Beschäftigte Kurzarbeitergeld.

Arbeitgeber werden bei den Sozialabgaben deutlich entlastet, was für sie Kurzarbeit anstelle von Entlassungen attraktiver macht.

Qualifizierung in der Kurzarbeit wird jetzt massiv gefördert.

Alle Beschäftigten können nun an Fortbildungen teilnehmen. Die Arbeitsagentur übernimmt dabei bis zu 100 Prozent der Qualifizierungs- und Lohnkosten.

»Ein politischer Erfolg« der IG Metall, betonen die IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber und Detlef Wetzel. Die neuen Regelungen folgen im Wesentlichen den Vorschlägen der IG Metall. »Wir haben viele Gespräche mit der Politik geführt«, sagt das IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. »Jetzt geht es um Maßnahmen nach der Kurzarbeit, um Investitions- und Arbeitsmarktprogramme.« **de**

Mehr zum Thema Kurzarbeit:
► www.igmetall.de/metallzeitung



Foto: Becker & Bredele / dpa / Ifs / pa

Kurzarbeit bei Ford Saarlouis sichert Arbeitsplätze.

IN KÜRZE

EU: Mindestlöhne steigen

Seit dem Jahresbeginn 2009 gelten in elf EU-Mitgliedsländern höhere Mindestlöhne. In zwei weiteren waren sie bereits zum 1. Oktober 2008 angehoben worden. Seit 2000 sind damit die in 20 EU-Ländern existierenden Lohnuntergrenzen um durchschnittlich 9 Prozent angestiegen, hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung analysiert. In den westeuropäischen EU-Ländern liegt das Niveau der Mindestlöhne bereits zwischen 8,41 und 8,71 Euro je Stunde. Der DGB ist bisher mit seiner Forderung von 7,50 Euro je Stunde am Widerstand der Bundesregierung gescheitert.

IT: Klarer Vorteil mit Tarif

Beschäftigte in tarifgebundenen Unternehmen der Telekommunikations- und IT-Branche haben durchweg von der Tarifierhöhung profitiert. Das zeigt auch die neueste Erhebung der IG Metall »Entgelt in der ITK-Branche 2009«. Danach zahlten tarifgebundene Betriebe 2008 im Schnitt um zehn Prozent höhere Gehälter als nicht-tarifgebundene. In einzelnen Bereichen fiel das Jahr für viele Beschäftigte der Branche trotzdem eher bescheiden aus. Für sie gab es keine oder nur geringe Gehaltserhöhungen.

► www.igmetall.-itk.de

Nazi-Musik bei Amazon

Der Internet-Versand Amazon bietet Neonazi-Musik an, unter anderem von der bekannten britischen Naziband »Skrewdriver«. Die Suche nach verbotenen Bands wie »Landser« führt zu Originalaufnahmen der Waffen-SS. Zudem kann man über Amazon Kleidung bestellen, die Neonazi-Marken wie »Thor Steinar« sehr ähnlich sieht. Auf Anfrage antwortete Amazon, man biete jede Ware an, so lange sie nicht offiziell verboten sei – nach dem »Recht auf freie Meinungsäußerung«. Tatsächlich sind nicht alle »Skrewdriver«-CDs verboten. Amazon hat nur die legalen Alben auf Lager.

AKTUELL

WIRTSCHAFTSKRISE

Schutzschirm für Arbeit, Zügel für Banken

Die Politik darf kein Zaungast der Krise sein. Sie muss sich in die Wirtschaft einmischen, damit die Industrie, das Fundament der deutschen Wirtschaft, eine Zukunft hat. Sagt die IG Metall und hat einen neuen Aktionsplan erarbeitet.

»Nie war der Abschied so lukrativ«, wirbt ein bekannter Hersteller im Internet für seine Neuwagen. Die Umweltprämie hat der Autoindustrie eine kräftige Sonderkonjunktur beschert. Der Verband der Autohändler und Werkstätten-Besitzer ZDK zählte bis Mitte März über 453 000 zusätzliche Kaufverträge. Gut die Hälfte der Käufer hatte bereits die Prämie beantragt. Hält der Andrang an, sind die 1,5 Milliarden Euro, die für die Prämie eingeplant sind, im Juli vergeben. Es sei denn, die Regierung hört auf die IG Metall – sie fordert nämlich in ihrem »Aktionsplan«, die Prämie bis Jahresende weiterzuzahlen.

Die Prämie war eine Idee der IG Metall – die die Bundesregierung schnell aufgegriffen und umgesetzt hat. Genauso wie bessere Regelungen beim Kurzarbeitergeld oder staatliche Bürgschaften, die dafür sorgen, dass Firmen weiter Kredite erhalten.

Der neue Aktionsplan, den der IG Metall-Vorstand jetzt beschlossen hat, enthält eine Reihe weiterer Vorschläge. Im Mittelpunkt steht ein Rettungsschirm für Unternehmen: Der Staat soll einen Fonds bilden und mit 100 Milliarden Euro ausstatten, um damit Beteiligungen an Unternehmen erwerben zu können, die in ihrer Existenz bedroht sind.

Finanziert werden soll er durch eine Zukunftsanleihe auf alle großen Geld- und Immobilienvermögen. Groß heißt: über 750 000 Euro. In den vergangenen sieben Jahren haben vor allem die Bundesbürger ihr Vermögen vermehrt, die vorher schon viel Geld angehäuft hatten, stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest. Dass die 54 Milliardäre, rund 750 000

Appell gegen »Ideologie des Geldes und der Gier«

- »Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen«, heißt es im »Frankfurter Appell«. Darin fordert die IG Metall Unternehmens- und Bankenvorstände, Arbeitgeber, Politiker, Wissenschaftler und Medien auf, Verantwortung zu übernehmen. Die Krise sei das Ergebnis einer »Ideologie des Geldes und der Gier«, zu deren Erfüllungsgehilfen sich Politiker, Wissenschaftler und Medien gemacht hätten. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, kritisiert, dass zu wenig über Lehren aus der Krise geredet wird.
- Diese Diskussion will die IG Metall mit dem »Frankfurter Appell« anstoßen. Jeder **metallzeitung**-Leser kann sie unterschreiben.
- Den Appell und mehr Infos gibt es unter: ► www.igmetall.de



Gold-Zigarren für 400 Euro oder diamantbesetzte Kissen und Decken für 300 000 Euro bot die Millionärsmesse 2008.

Millionäre und andere Wohlhabende in Deutschland jetzt einen besonderen Beitrag leisten, ist aus Sicht der IG Metall nur fair. Tausende Arbeitnehmer »bezahlen« schon mit Kurzarbeitergeld für die Krise – die andere ihnen eingebrockt haben. Außerdem sollten Spitzeneinkommen höher besteuert, Menschen mit mittlerem oder niedrigem Einkommen entlastet werden und der Regelsatz bei Hartz IV auf 440 Euro steigen.

»In dieser Krise darf die industrielle Substanz nicht beschädigt werden«, mahnt Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Die Industrie sei für die Wirtschaft mindestens so wichtig wie Banken und Finanzmärkte. Er verlangt von der Regierung, ein Konzept zu erarbeiten, um die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in der Industrie zu erhalten.

Jahrelang haben die wechselnden Regierungen den Arbeitsmarkt dereguliert. Das macht sich jetzt bitter bemerkbar. Leiharbeiter und Beschäftigte mit Zeitverträgen bekommen die Krise besonders drastisch zu spüren: Viele wurden bereits entlassen. Leiharbeit muss begrenzt werden – das bleibt für die IG Metall eine wichtige Forderung. Den Verleihfirmen darf nicht länger erlaubt werden, ihre Arbeitnehmer gleich zu entlassen, wenn mal keine Einsatzmöglichkeiten für sie bestehen.

Um jungen Ausgelernten und Hochschulabsolventen den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen, soll Altersteilzeit wieder staatlich gefördert werden.

Als mitschuldig an der Finanzkrise gelten Hedgefonds. Und die Rating-Agenturen, deren Job es ist, Finanzmarktprodukte zu bewerten. Beide müssen staatlich kontrolliert werden, fordert die IG Metall. Sie will aber, dass noch weitere Lehren aus der Krise gezogen werden, um ähnliche Katastrophen künftig zu vermeiden. So fordert sie zum Beispiel eine bessere Bankenaufsicht.

Die Krise zeigt, dass die Wirtschaft mehr Demokratie braucht. Wichtige Entscheidungen, etwa über Massenentlassungen oder Betriebsschließungen, sollen Aufsichtsräte künftig nur noch mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen dürfen. Aufsichtsräte und Vorstände sollen verpflichtet werden, das Wohl der Arbeitnehmer genauso im Blick zu haben wie das der Betriebe, Manager-Vergütungen Anreize bieten, Unternehmen langfristig gut aufzustellen.

»Wer diese Krise überwinden will«, sagt Huber, »muss die Strukturen der Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Der vollständige Aktionsplan:
► www.igmetall.de



Gerald Müller aus Reutlingen

»GUTES LEBEN«
BEDEUTET FÜR MICH:

... dass wir alle eine gute Perspektive in unserer Gesellschaft haben und unsere Träume verwirklichen können. Auf Basis von Leiharbeit und Befristungen kann man keine sichere Zukunft aufbauen. Dafür setze ich mich ein.«

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
www.gutes-leben.de

Foto: Jürgen Pollak

Aleris: Maulkorb für Betriebsratsvorsitzenden

Beim Koblenzer Aluminium-Hersteller Aleris versuchen die Finanzinvestoren TPG, Apollo und Oaktree gewachsene Mitbestimmungsstrukturen zu zerstören. Erst haben sie ihre Vertreter im Aufsichtsrat in einer Nacht- und Nebelaktion abserviert, dann Konzernbetriebsratsvorsitzenden Bernd Feuerpeil per einstweiliger Verfügung einen Maulkorb verpasst. Der Metaller hatte auf einer Mitarbeiterversammlung Parallelen zu den Massenentlassungen bei Grohe gezogen.

»Die Heuschrecken wollen erst betriebliche Strukturen zerstören, um anschließend auf die Beschäftigten losgehen zu können«, hat Reiner Göbel, Erster Bevollmächtigter der Koblenzer IG Metall, analysiert.

Die IG Metall sammelt inzwischen an allen sieben deutschen Aleris-Standorten Unterschriften gegen den peinlichen Maulkorb. »Die Sicherung der Arbeitsplätze muss gemeinsames Ziel der Geschäftspolitik sein«, erklärt dazu die IG Metall. **fra**

PFLAUME DES MONATS

Schuld sind immer die anderen

Die Rentenpanik treibt immer mehr um. Da heißt es: »Rentenlücken jetzt schließen« oder »Reicht Ihre Rente fürs Alter?«. Das fragte sich offenbar auch der Ex-Chef der Pleitebank Hypo Real Estate, überprüfte sein Rentenkonto und stieß auf die kleine Lücke von jährlich 560 000 Euro. Die stehen ihm laut Vertrag zu, wenn dieser ohne sein Verschulden nicht verlängert wurde. Georg Funke, sich offenbar keiner Schuld bewusst, klagt gegen seine Kündigung und pocht auf seine 560 000 Euro. Zahlbar ab sofort und in kleinen Scheinen. Schuld an der Krise sind bestimmt andere. Zum Beispiel die Verbraucher. Haben die nicht schon immer über ihre Verhältnisse gelebt?



Georg Funke hat Mitleid verdient.

Foto: Peter Kniffel / dpa / pa



Fotos von links nach rechts: Oliver Lang / ddp (2), Andreas Berbert / dpa / pa

Für 750 000 deutsche Millionäre scheint sich eine Luxus-Messe zu lohnen.

TITEL

GEMEINSAM FÜR EIN **GUTES LEBEN**

– DIE KAMPAGNE

Die Krise hat die Wirtschaft voll erwischt. Damit Parteien und Wirtschaftsverbände nicht einfach weitermachen wie bisher, wird die IG Metall aktiv. Sie legt einen Aktionsplan vor, der Arbeitsplätze sichert. Und sie startet eine Kampagne, bei der jeder mitmachen kann. »Gemeinsam für ein gutes Leben« heißt das Motto, an dem sich Politik und Wirtschaft in Zukunft messen lassen müssen.



Foto: Michael Schinke



» DIE KAMPAGNE IM NETZ

»Gutes Leben« gibt es auch im Internet. Auf einer eigenen Homepage informiert die IG Metall regelmäßig über Aktuelles rund um die Kampagne.

» www.gutes-leben.de

London liegt nur gut eineinhalb Flugstunden von Frankfurt entfernt. Doch für Frederik Unser ist die britische Metropole in weite Ferne gerückt. Vor einem Jahr dachte der 25-jährige Fachinformatiker noch: »Alles ist möglich.« Anfang 2009 wollte er nach London gehen. Er hatte alles mit seinem Chef besprochen. Doch im September 2008 übernahm Hewlett-Packard seinen Arbeitgeber, den IT-Dienstleister EDS, und kündigte kurzerhand an: 30 Prozent der Stellen müssen weg. »Da war der Ofen aus«, sagt Frederik. Was aus seinen Londonträumen wird, steht nun in den Sternen. Sicher weiß Frederik nur eins: Sein Arbeitsvertrag endet in neun Monaten. Denn nach seiner Ausbildung hatte ihn EDS nur befristet übernommen.

Wer letztes Jahr noch hoffte, mit einem befristeten Vertrag den Einstieg in den Arbeitsmarkt geschafft zu haben, muss nun oft um seine berufliche Zukunft bangen. Die Krise der Finanzmärkte hat die Wirtschaft voll erwischt. Überall im Land schicken Betriebe ihre Beschäftigten in Kurzarbeit, laufen befristete Verträge aus und entlassen Zeitarbeitsfirmen reihenweise ihre Leiharbeiter. Die Finanzjongleure haben sich verzoxt, doch um ihre Arbeitsplätze zittern die Menschen an den Produktionsbändern und Schreibtischen.

Das wollen die IG Metall und ihr Zweiter Vorsitzender Detlef Wetzel nicht hinnehmen. »Die Beschäftigten haben die Krise nicht verschuldet. Sie dürfen nicht diejenigen sein, die den Schlamassel ausbaden müssen.« »Gemeinsam für ein gutes Leben« heißt das Motto der Kampagne, mit der sich die IG Metall in die Krise einmischt. Dabei geht es darum, wie sich Politik und Gesellschaft verändern müssen, damit Wirtschaftskrisen nicht so regelmäßig wiederkehren wie Kometen am Sternenhimmel. Mit einer bundesweiten Befragung erhält jeder die Chance, sich einzumischen. Jeder kann den Fragebogen, der

dieser Ausgabe der metallzeitung beiliegt, ausfüllen und abschicken – und damit für ein gutes Leben abstimmen.

»Wir müssen verhindern, dass Parteien und Wirtschaftsverbände nach der Krise so weitermachen wie bisher«, sagt Wetzel. Der Mensch müsse wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken. Denn auch eine falsche Politik habe der Krise den Weg geebnet. »Viel zu lange mussten sich die Menschen dem Diktat der Wirtschaft beugen. Ihre Interessen wurden mit Füßen getreten, während sich Banker und Vorstände alles erlauben konnten. Das heilige Mantra lautete: Was für die Unternehmen gut

»Nach der Krise darf es nicht so weitergehen wie bisher.«

ist, ist auch für die Menschen gut. Und alle haben es kritiklos nachgebetet – von den Medien über die Wissenschaft bis zu den Parteien.«

Dieser Schuss ging nach hinten los. Und er traf zuerst diejenigen, die schon in wirtschaftlich guten Zeiten nicht zu den Gewinnern zählten. Als die Aufträge im Herbst einbrachen, mussten als erstes die Leiharbeiter gehen. Das merkte auch Klaus Dörre bei seiner Arbeit. Der Professor der Universität Jena untersucht seit mehreren Jahren das Thema Leiharbeit. Doch in den letzten Monaten ist ihm ein Teil seiner Forschung abhanden gekommen. »In den Betrieben, in denen wir untersuchen, gibt es so gut wie keine Leiharbeiter mehr.«

Jetzt zeigt sich, was dem Wissenschaftler schon lange klar war. »Die Leiharbeit ist kein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt.« Gerade einmal 12 bis 14 Prozent schafften den

Sprung aus der Leiharbeit in eine reguläre Stelle. Und das gilt vor allem für die höher Qualifizierten unter ihnen.

Viele junge Menschen starten mit unbezahlten Praktika ins Berufsleben und steigen dann nahtlos über in schlecht bezahlte Leiharbeit. Fast 40 Prozent der 15- bis 24-Jährigen arbeiteten inzwischen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Doch während die meisten Hochschulabsolventen nach zwei bis drei Jahren den Absprung schaffen, gelingt dies Geringqualifizierten nur selten.

Auch Sigrid Temme strampelte sich viele Jahre als Leiharbeiterin ab. Immer mit der Hoffnung: »Irgendwann klappt es, irgendwann kriege ich den festen Job.« Doch die gelernte Näherin wechselte in den vergangenen zwölf Jahren nur die Verleiher. Sie übernahm jede Arbeit und schuftete, bis ihr die Knochen wehtaten – oft zwölf Stunden am Tag für wenig Geld. Nur mit dem festen Job klappte es nie. »Dabei hieß bei jedem Einstellungsgespräch der zweite oder dritte Satz: »Es sind auch schon einige von den Entleihbetrieben übernommen worden.««, erzählt die 54-Jährige. Irgendwann hörte sie da nicht mehr hin.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die den Niedriglohnsektor als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit anpries, endete für viele Menschen in einer Sackgasse. »Und auf dieser Basis kann niemand ein gutes Leben führen«, sagt Dörre.

Doch auch wenn die Basis stimmt – zu einem guten Leben gehört für Svenja Pfafl noch etwas mehr. Die Diplom-Soziologin vom Forschungsinstitut Sowitra in Berlin untersucht die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Gutes Leben heißt auch für sie, sich in verschiedenen Bereichen engagieren zu können, ohne ständig das Gefühl zu haben, keinem wirklich gerecht zu werden. »Dabei steht zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele an erster Stelle. Aber zu einem

Foto: Jürgen Pollack

Yunus Sari aus Stuttgart

»GUTES LEBEN BEDEUTET FÜR MICH:

... an meinem Arbeitsplatz einen Handlungsspielraum zu haben, in dem ich mich bewegen und meine Persönlichkeit entfalten kann. Nur abwechslungsreiche Arbeitsinhalte bereichern einen Arbeitstag und sorgen dafür, dass ich mit Freude zur Arbeit gehe.«

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
www.gutes-leben.de

TITEL

► guten Leben gehört auch Zeit für Freunde, für gesellschaftliches oder politisches Engagement und für die eigene Erholung.«

Doch der gesellschaftliche Fortschritt hinkt den veränderten Lebensbedingungen vieler Familien schon seit Jahren hinterher. Während die Mehrheit der Kinder heute mit zwei berufstätigen Eltern lebt, setzt vor allem die Schule noch immer auf die Familie der 60er-Jahre mit einem Ernährer und einer nicht-berufstätigen Hausfrau. Auch bei den

Arbeitszeiten liegen Wunsch und Wirklichkeit oft weit auseinander. Rund Dreiviertel aller Eltern wollen kürzer arbeiten.

Denn wer mit so vielen Bällen jongliert, kommt manchmal ganz schön ins Schwitzen. Das kennt auch Jörg Fischer. Der 28-Jährige arbeitet als Qualitätsprüfer bei Siemens in Berlin. Seit seine beiden Töchter Leoni, 2, und Maja, neun Monate, auf der Welt sind, ist sein Tag oft eng getaktet. Im Sommer will seine Frau in ihren Beruf zurück. Beide arbeiten in

drei Schichten, beide sind im Betriebsrat und beide engagieren sich in der IG Metall. »Viele fragen mich, wie wir das alles hinkriegen. Und ich frage mich das oft auch.«

Zeit für Familie und politisches Engagement, Wertschätzung der eigenen Arbeit und berufliche Chancen – das kam in den letzten Jahren allzu oft unter die wirtschaftsliberalen Räder. »Alle Menschen haben das Recht, ihre eigenen Vorstellungen von einem guten Leben auch zu verwirklichen«, fordert Detlef

FREDERIC UNSER

25, AUS FRANKFURT, ARBEITET ALS FACHINFORMATIKER BEI EDS

Als Hewlett-Packard (HP) ankündigte, beim IT-Dienstleister EDS rund 30 Prozent der Stellen zu streichen, war Frederik Unsers erster Gedanke: »Wie soll das denn gehen? Wir schaffen die Arbeit doch jetzt schon kaum.« Im letzten Jahr übernahm HP den IT-Dienstleister, und seither kämpfen Frederik und seine Kollegen um ihre Arbeitsplätze. Drei Warnstreiks haben schon hinter sich, und seit der Umgangston im Unternehmen rauer wurde, traten auch viele der IG Metall bei.

Seit 2005 ist Frederik bei EDS in Rüsselsheim. Nach seiner Ausbildung zum Fachinformatiker bekam er zwar nur einen befristeten Vertrag. Dennoch war er recht zuversichtlich. »Mein Chef ist mit meiner Arbeit sehr zufrieden.« Eigentlich sollte er in diesem Jahr nach London gehen. Doch damit sieht es nun schlecht aus. Seine Arbeit macht ihm Spaß, aber eine wirkliche Perspektive sieht er zurzeit bei EDS mit seinem befristeten Vertrag nicht. »Da frage ich mich schon, warum ich hier noch bis Januar bleiben und jede Woche meine 60 Stunden abreißen soll?« Eine zeitlang ins Ausland möchte der 25-Jährige auf jeden Fall. »Ich habe kein Haus, keine Kinder. Für mich ist ganz klar: Wenn, dann jetzt.« ■

SIGRID TEMME

54, AUS BAD LIPPSPRINGE, EHEMALIGE LEIHARBEITERIN

Wenn Sigrid Temme von ihren letzten Jobs erzählt, muss sie immer wieder um Fassung ringen. Seit Mitte der 90er-Jahre arbeitete die 54-Jährige bei Leiharbeitsfirmen. Sie schickten sie zu jedem Einsatz, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit. Eine zeitlang sortierte Sigrid Temme Obst und Gemüse auf einem Großmarkt. Zwölf Stunden und mehr arbeitete sie dort in Eiseskälte. Dann sortierte sie Müll. »Wir standen den ganzen Tag auf einem Gitterrost. Nach zwölf Stunden tat mir alles weh, und das alles für 6,30 Euro pro Stunde.« Die Müllanlage befand sich unterm Dach, und im Sommer wurde es manchmal 45 Grad heiß, erinnert sich Sigrid Temme.

Irgendwann machte ihre Gesundheit schlapp. Nach einem harten Einsatz als Spülerin in einer pharmazeutischen Küche, meldete sie sich bei ihrer Verleihfirma krank. Ihr Arbeitgeber ließ ihr noch nicht einmal Zeit, zum Arzt zu gehen. Kurz vor acht klingelte bei ihr das Telefon. »Die Verleihfirma rief an und sagte mir, dass ich ja selbst schuld sei, dass ich jetzt entlassen werde.« Seit ein paar Wochen lernt Sigrid Temme für den Taxischein. »Ich will doch nur eine Arbeit, die einigermaßen vernünftig bezahlt wird.« ■



Foto: Frank Rumpenhorst

»Die Themen, die der Fragebogen anspricht, beschäftigen zurzeit viele Menschen. Das ist bestimmt ein gutes Barometer.«



Foto: Franzel Drepper / arnterise

»Der Weg, die Menschen zu fragen, ist gut. Hoffentlich ändert sich dadurch auch in der Politik etwas.«

Wetzel. »Deshalb müssen wir uns jetzt auf den Weg machen, das gemeinsam anzupacken.« Etwas verändern kann man nur, wenn sich viele Menschen einmischen. Die Befragung der IG Metall gibt ihnen dazu die Chance. »Denn die Krise hat das System zwar erschüttert«, warnt Wetzel, »es im Interesse der Menschen umgestalten können wir aber nur gemeinsam.« ■

Etwas verändern kann man nur, wenn sich viele Menschen einmischen.

JÖRG FISCHER

28, AUS BERLIN, QUALITÄTSPRÜFER UND VATER VON ZWEI TÖCHTERN

Das konnte sich der Chef nicht vorstellen. Zwei Monate weg und trotzdem noch den vollen Urlaubsanspruch. Als Jörg Fischer im letzten Sommer in Elternzeit gehen wollte, waren seine Vorgesetzten nicht gerade begeistert. Doch diese Zeit ließ sich der 28-jährige Qualitätsprüfer nicht nehmen. In drei Monaten steigt auch seine Frau wieder in ihren Beruf ein. Beide arbeiten bei Siemens in Berlin, beide in drei Schichten.

Neben Beruf, Familie und Betriebsrat ist Jörg auch in der IG Metall aktiv. Auch wenn der junge Vater bislang alles unter einen Hut gekriegt hat – mehr Unterstützung für junge Familien wünscht er sich schon. »Es wäre schön, wenn große Unternehmen einen Betriebskindergarten hätten. Dann könnten meine Frau und ich gemeinsam Frühschicht machen.« Denn jetzt müssen sie sich abwechseln und sehen sich nur sehr selten. Auch eine kürzere Arbeitszeit für Eltern fände Jörg nicht schlecht. Als Betriebsrat ist ihm das Thema wichtig, doch bei Kollegen stößt er nicht immer auf Verständnis. »Viele führen eher das klassische Familienleben. Der Mann arbeitet, und die Frau bleibt zu Hause. Wenn junge Kollegen anders leben wollen, ist das oft nicht einfach.« ■



»Gutes Leben heißt für mich, auch mal morgens mit meiner Frau und meinen Kindern zusammen zu sein. Das habe ich zurzeit nicht oft.«

Foto: Christian v. Polentz / transifoto.de



Rabea Patzke aus Bremen

»GUTES LEBEN BEDEUTET FÜR MICH:

... dass ich einen festen Arbeitsplatz habe und nicht ständig von einer Befristung zur nächsten hüpfen muss. Ich möchte meine Freizeit so gestalten wie ich es mir vorstelle. Meine Familie soll schließlich auch was von mir haben.«

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
www.gutes-leben.de

Foto: Carmen Jaspersen

STEFANIE GAYKO

27, AUS KIEL, BETRIEBSRÄTIN BEIM SCHIFFBAUER HDS

Wer etwas verändern will, muss auch an den entsprechenden Stellen mitmischen. Davon ist Stefanie Gayko überzeugt, und deshalb mischte sie von Anfang an mit. Im Spätsommer 2002 fing sie ihre Ausbildung zur technischen Zeichnerin beim Schiffbauer HDW in Kiel an, und im November wurde sie zur Jugendvertreterin gewählt. Seit 2006 ist sie Betriebsrätin. »Ich will Dinge verbessern und nicht einfach nur meckern«, sagt Stefanie.

Direkt nach ihrer Wahl zur Betriebsrätin musste sie sich mit der Einarbeitung beschäftigen. »Für mich waren das zuerst nicht mehr als drei Buchstaben.« Doch sie arbeitete sich ein. »In meiner Abteilung waren am Ende nur noch ganz wenige unzufrieden.« Mitbestimmung findet Stefanie wichtig. »Für bessere Arbeitsbedingungen muss ich auch etwas tun.« Zwar könne nicht jeder Betriebsrat werden, aber jeder kann sich an ihn wenden. ■



»Beteiligung ist immer sinnvoll. Wenn ich wissen will, was sich ändern muss, frage ich auch die Kollegen.«

Foto: Cordula Kropke

TITEL

►► AUS DER KRISE IN EIN GUTES LEBEN POLITISCHE WEICHEN JETZT STELLEN

Bereits in den vergangenen Monaten hat die IG Metall Vorschläge gemacht, um die Folgen der Krise zu begrenzen und Entlassungen zu verhindern. Einige davon sind in das Konjunkturpaket II eingeflossen und zeigen bereits Wirkung. So hat die Abwrackprämie für Altfahrzeuge den Absatz der Autoindustrie angekurbelt, und Verbesserungen bei der Kurzarbeit sichern zurzeit viele Arbeitsplätze. Doch die Kosten sind enorm, und aus Sicht der IG

Metall besteht die Gefahr, dass sie einseitig zu Lasten der Steuerzahler gehen. Es geht nun darum, die Opfer der Krise zu schützen und die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb fordert die IG Metall jetzt weitere Verbesserungen wie einen erweiterten Rettungsschirm für Unternehmen, mehr Mitbestimmung und eine politische Regulierung der Finanz- und Vermögensmärkte. Außerdem müssen Vermögen zur Finanzierung der

Krise herangezogen werden. (Mehr zu den Forderungen der IG Metall auf Seite 8 und 9.)

Angesichts der Krise dürfe niemand in Angst erstarren. Für die IG Metall geht es darum, jetzt die politischen Weichen für ein besseres und sicheres Leben für alle zu stellen. Die Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«

►► ERGEBNISSE

Bei der Befragung geht es der IG Metall um ein Arbeitnehmervotum. Die IG Metall will den Anliegen der Menschen politisch Gehör verschaffen. Das funktioniert jedoch nur, wenn sich möglichst viele beteiligen und den Fragebogen beantworten.

Die Menschen sollen entscheiden, welche Themen für sie wichtig sind. Dabei setzt der Fragebogen drei Schwerpunkte. Im ersten Teil fragt er danach, was zu einem guten Leben gehört. Der zweite Teil dreht sich um das Thema Wirtschaft und Betrieb, und im dritten Teil geht es um Forderungen an die Politik.

Ein Institut, das die IG Metall beauftragt hat, wertet die Antworten aus. Die Ergebnisse werden anschließend veröffentlicht. Außerdem konfrontiert die IG Metall alle Bundestagsabgeordneten mit diesem Arbeitnehmervotum. Die Ergebnisse der Befragung werden auch in die Arbeit der IG Metall einfließen.

Darüberhinaus will die IG Metall mit den Menschen ins Gespräch kommen. Zu jedem Fragebogen gehört ein Mantelbogen mit Infos und eine Antwortkarte. Einfach Adresse eintragen, Briefmarke drauf falls zur Hand und abschicken. Auf diesem Weg kann sich jeder auf dem Laufenden halten. Die IG Metall informiert regelmäßig über den Stand der Befragung und Aktuelles zur Kampagne per Post, E-Mail oder SMS. Gleichzeitig kann man sich mit Kritik oder Anregungen an die IG Metall wenden und erhält auch eine Antwort. Auch im Internet gibt es regelmäßig Neues zu Kampagne und Befragung. ■

www.gutes-leben.de



►► AUSFÜLLEN UND ABSCHICKEN

Was zu einem guten Leben gehört, kann jeder selbst entscheiden. Einfach den Fragebogen, der dieser Ausgabe beiliegt, ausfüllen und abschicken. Hier können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheiden, wie wichtig ihnen Gerechtigkeit bei der Bildung ist, ob

Umweltschutz auch in der Krise nicht zu kurz kommen darf und wieviel Mitspracherechte Beschäftigte in ihrem Betrieb haben sollten. Den Fragebogen portofrei senden an: IG Metall, Befragung, Postfach 1142, 69169 Leimen. ■





setzt hier an. Sie fragt die Menschen, was ihnen wichtig ist und was sie von der Politik fordern. Mit der Befragung gibt die IG Metall jedem die Möglichkeit, sich in die politische Diskussion einzumischen. Je mehr Menschen sich daran beteiligen, desto mehr Gewicht erhalten die Forderungen. Denn mit den Ergebnissen wird die IG Metall alle Parteien konfrontieren und sie auffordern, Position zu beziehen (siehe Kasten links). ■



Detlef Wendt aus Berlin

**»GUTES LEBEN
BEDEUTET FÜR MICH:**

... Jugend und Gewerkschaft gehören zusammen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen haben wir zu fördern und zu unterstützen. Nur mit ihnen werden wir unser Ziel nach einer solidarischen Gesellschaft zum Leben erwecken können.«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

Foto: Christian v. Polentz /transitfoto.de



Zeit zum Spielen: In der »Oase« in Herne können Kinder nach der Schule essen, ihre Hausaufgaben erledigen und spielen.



Fotos: Manfred Vollmer

►► **AUSFÜLLEN** **GUTES TUN**

Jeder abgeschickte Fragebogen unterstützt nicht nur die Kampagne der IG Metall, er hilft auch einer guten Sache. Denn für jeden Fragebogen spendet die IG Metall Geld an ein soziales Projekt. Wer die Spenden bekommt, entscheiden jeweils die Verwaltungsstellen. Denn bei der Aktion geht es nicht einfach um eine zentrale Spende. Das Geld wird an die Verwaltungsstellen verteilt. Die Summe berechnet sich nach der Zahl der Fragebögen, die aus ihrem Einzugsgebiet kommen.

In der Verwaltungsstelle Herne war sofort klar, wer das Geld bekommt. »Wir spenden es an die Oase«, sagt die Erste Bevoll-

mächtige Eva Kerkemeier. Die »Oase« ist ein Mittagstisch für Kinder, die nach der Schule sonst keine Betreuung hätten. Als das Projekt Ende 2006 in den Räumen der evangelischen Kirche startete, waren auch die Metaller der Verwaltungsstelle in Herne dabei. Sie traten geschlossen dem Trägerverein bei.

Fast 50 Kinder kamen bereits nach wenigen Wochen täglich in die »Oase«. Hier gibt es ein Mittagessen. Sie können ihre Hausaufgaben erledigen, Musik hören und spielen. Der Bedarf in Herne ist groß. Vor kurzem eröffnete die »Oase« in einem weiteren Stadtteil einen Mittagstisch. ■

►► **MITTAGSTISCH**

Auch den Kindern der »Oase« in Herne hilft die Befragung der IG Metall. Für jeden Fragebogen bekommen die Verwaltungsstellen einen Euro, den sie an ein soziales Projekt spenden können. In Herne mussten die Beschäftigten der IG Metall nicht lange überlegen. Sie entschieden sich für den Mittagstisch. ■

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**  **JETZT SCHON VORMERKEN!**

►► **GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN**

Arenaveranstaltung am 5. September 2009
Commerzbank-Arena, Frankfurt am Main.

Kurz vor der Bundestagswahl werden viele Menschen in der Arena in Frankfurt ihrer Forderung nach einem guten Leben Nachdruck verleihen. Dabei geht es auch um das Arbeitnehmervotum aus der Befragung. Der Eintritt ist kostenlos. Die Anreise organisieren die Verwaltungsstellen. ■

RECHT SO

Die Unschuldsvermutung gilt nicht im Arbeitsrecht

metallzeitung: Anscheinend versuchen immer mehr Arbeitgeber unliebsame Mitarbeiter durch sogenannte Verdachtskündigungen loszuwerden. Reicht der bloße Verdacht tatsächlich aus, einem Beschäftigten außerordentlich und fristlos zu kündigen?

Carsten Schuld: Die Verdachtskündigung ist insoweit umstritten, weil die Kündigung nur auf einen Verdacht gründet. Die aus dem Strafrecht bekannte Unschuldsvermutung hat im Arbeitsrecht keine Wirkung. Auch das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat bestätigt, dass für die Rechtmäßigkeit der Verdachtskündigung das zerstörte Vertrauen maßgeblich ist. Darum sei eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeitgeber nicht mehr zumutbar.

Die Verdachtskündigung wird meist als außerordentliche, fristlose Kündigung ausgesprochen und ist an strenge Vorgaben gebunden. Der Verdacht muss sich auf eine Straftat oder eine schwere arbeitsvertragliche Pflichtverletzung beziehen. Typische Fälle sind Diebstähle oder falsche Abrechnungen. Ob ein Stück Bienenstich, ein Lippenstift oder ein eingelöster Pfandbon von 1,30 Euro: Die Verdachtskündigung stützt sich nicht auf den Wert des Schadens, sondern auf das irreführende zerstörte Vertrauensverhältnis zum Mitarbeiter.

Vor der Kündigung muss der Arbeitgeber alles zur Aufklärung mögliche

versucht haben. So hat er sämtliche Zeugen zu befragen sowie Beweise zu sammeln. Vor allem muss er den Verdächtigten zu den Vorwürfen anhören, damit dieser Stellung nehmen kann. Solange eine Aufklärung möglich erscheint, ist die Verdachtskündigung ausgeschlossen.

Und wie bei jeder Kündigung muss auch der Betriebsrat gehört werden. Der Arbeitgeber hat diesem deutlich zu machen, dass es sich um eine Verdachts- und keine Tat Kündigung handelt. Zudem müssen dem Betriebsrat sowohl alle be- als auch entlastenden Verdachtsmomente und Zeugen genannt werden. Stellt sich später die Unschuld des Gekündigten heraus, kann dieser unter Umständen die Wiedereinstellung verlangen. ■



Carsten Schuld, Jurist
beim DGB-Rechtsschutz,
beantwortet hier jeden
Monat Eure Fragen.

Foto: Olaf Döring

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- www.igmetall.de/metallzeitung
- www.dgbrechtsschutz.de

TERMIN MERKEN



Foto: girlsday

MÄDCHEN RAN AN DIE TECHNIK,

heißt es wieder am 23. April. Am Girls' Day laden Unternehmen junge Frauen für einen Tag ein, um ihnen Lust auf nicht ganz frauentypische Berufe zu machen. Informationen über Angebote in ihrer Region finden Schülerinnen im Internet unter: ► www.girls-day.de → Aktion suchen

Medizin selbst bezahlen

Abzocke oder sinnvolle Therapie? Ratgeber klärt auf.

»Das müssen Sie dann bitte selbst bezahlen.« Solch ein Satz kommt immer öfter aus dem Munde von Ärzten. Der Grund: Die gesetzlichen Krankenkassen gehen immer mehr dazu über, nur noch wissenschaftlich nachgewiesene Maßnahmen zu bezahlen. Damit fällt so manche Leistung in den Bereich des Selbstzahlens. Der Fachbegriff dafür lautet »IGeL«, was für »Individuelle Gesundheitsleistung« steht. Ob es sich lohnt, in eine Gesundheitsmaßnahme zu investieren, muss der Patient also selbst entscheiden.

Dabei hilft der Ratgeber »Selbst zahlen?« von der Bundesärztekammer sowie der Kassenärztlichen Vereinigung. Hier kann man sich schlau lesen. Eine Liste mit »guten« oder »schlechten« IGeL-Leistungen gibt es jedoch nicht. **ig**

Der Ratgeber als PDF unter:

- www.aezq.de.
- Publikationen
- AZQ-Schriftenreihe
- Band 37

Telefonnummer des Ärztlichen Zentrums für Qualität:

- 030 – 40 05 25 01

Computerleben: Was bedeutet »Podcast«?

»Podcasts« sind Ton- oder Videosendungen, die über das Internet ausgestrahlt werden. Wie im Fernsehen kommen Podcasts meist in Serien, etwa als Nachrichten oder Themensendungen, sind jedoch nicht an Sendezeiten gebunden. Anwender können Podcasts abonnieren und erhal-

ten automatisch neue Sendungen per E-Mail, die sie jederzeit auf ihrem Computer oder ihrem MP3-Player abspielen können. Immer mehr Sender und Zeitschriften bieten Podcasts an. Auch die IG Metall Baden-Württemberg sendet Podcasts – ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel. **de**

DER LESER HAT DAS WORT

Endlich umdenken

metallzeitung 3/2009, Editorial,

»Die Krise schnell und entschlossen bekämpfen«

»Ich muss ehrlich gestehen, dass ich angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise eine gewisse Schadenfreude nicht unterdrücken kann. Das kapitalistische System hat sich (hoffentlich) endlich selbst entlarvt. Bitter ist, dass letztendlich die Unschuldigen dafür zur Kasse gebeten werden. Ich hoffe, dass nun ein Umdenken erfolgt – auch in der IG Metall. Der Anfang scheint zumindest vielversprechend.«

Gerhard Wagner, per E-Mail

Europa nicht vernachlässigen

metallzeitung 3/2009, Aktuell,

»Papiertiger-Image trifft längst nicht mehr zu«

»Ich wollte Euch wegen der Serie über Europa einfach einmal loben. Es ist schön, dass Ihr das Thema – trotz aller schlimmer Nachrichten – nicht vernachlässigt. Insbesondere weil die Gefahr besteht, dass alle Staaten wieder in engstirnigen Nationalismus zurückfallen. Erwähnenswert wäre bei dem Artikel vielleicht noch gewesen, dass die Dienstleistungsrichtlinie nicht zuletzt wegen der Demonstrationen von Tausenden europäischen Gewerkschaftern entschärft wurde.«

Sigrid Rippert, Frankfurt

Sorgt für mehr Bürgernähe

metallzeitung 3/2009, Aktuell,

»Nazi-Überfall nach Demo«

»Das Thema Neonazis ist in aller Munde. Ich bin DemokratIn durch und durch und wünsche mir, dass die Beratungslücken und sonstige Möglichkeiten zum Informationsaustausch nicht in den Händen der Neonazis läge. In der Krise werden sie durch Schuldzuweisung und Simplifizierung schnell Schuldige finden. Darum halte ich mehr Nähe zum Bürger und zu den Beschäftigten in Kurzarbeit für wichtig. Die IG Metall sollte den Demokraten ein geeignetes Forum schaffen, wo man sich mit kompetenten Gesprächspartnern austauschen kann.«

Margit Sroka, per E-Mail

An wen wurde hier gedacht?

metallzeitung 3/2009, Aktuell,

»Abwrackprämie bringt Kleinwagen ins Rollen«

»Die Bundesregierung hat in einer Anfrage bestätigt, dass die Abwrackprämie Alg-II-Beziehern als Einkommen angerechnet wird. An wen wurde hier wirklich gedacht, als diese Prämie eingeführt wurde? Hinzu kommt noch ein ganz anderer Effekt: Wenn ein Großteil der kleineren Autos verschrottet wird, fehlen diese auf dem Gebrauchtwagenmarkt und sind somit auch für Geringverdiener nicht mehr verfügbar. Für diese Leute bricht das gesamte Angebot an bezahlbaren Fahrzeugen weg. Und das, obwohl gerade sie oft zu denen gehören, die wegen der hohen Fahrleistungen ein neueres Auto dringend nötig hätten.«

Wolfgang Klein, Paderborn

Stimmen zur Krise

metallzeitung 3/2009, Titel,

»Gut geschützt durch die Krise«

»Sofortmaßnahmen müssen auf Steigerung der Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommenschichten zielen, ohne die sozialen Sicherungssysteme zu unterhöhlen oder die Staatsverschuldung zu erhöhen. Solche Rettungsschirme würden die soziale Lage eines großen Teils der Bevölkerung deutlich verbessern und sofort konsumfördernd wirken. Darum: Rettungsschirme nicht nur für Banken und Unternehmen, sondern auch zur Entschuldung notleidender Familien, Arbeitsloser, Rentner sowie Niedrigverdiener.«

Thomas Bredow, Hamburg

»Ich wundere mich sehr, dass auch die metallzeitung den Begriff Krise benutzt. Im »Spiegel« wird von einem Kapitalverbrechen berichtet, bei dem von Bankern – gemeinschaftlich und mit krimineller Energie – seit Jahren gigantische Profite abgeschöpft wurden. Die Bereicherung dieser »Kapitalmafia« ist von Politikern bewusst gefördert worden. Zum Kaschieren dieser Politik wird jetzt bis zu den Wahlen ein Strohfeuer mit der Ab-



Carolin Adam aus Karlsruhe

»**GUTES LEBEN**
BEDEUTET FÜR MICH:

... dass mein Gehalt gesichert ist und ich für die Zukunft planen kann. Ich möchte mich weiterbilden können, ohne meine Existenz zu riskieren.«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

Foto: Gustavo Alábiso

wrackprämie entfacht. Keinesfalls werden aber die Schuldigen und die Unterstützer dieser wirtschaftskriminellen Vereinigungen aus Politik und Wissenschaft zur Rechenschaft gezogen.«

Egon Jähn, Ennepetal

»Es wirkt auf Langzeitarbeitslose schon zynisch, wie die Neu-Arbeitslosen aus der gegenwärtigen Krise von allen Seiten hofiert und bedauert werden. Wir warten auf die Bearbeitung unserer Anträge mittlerweile sechs Wochen. Und wir haben keine Abfindung als Rücklage auf der Bank. Weil der Alg-II-Bescheid alle sechs Monate die Grundlage für Sozialpässe und andere Ermäßigungen wie die Tafel ist, kann man sie in dieser Zeit auch nicht nutzen. Dafür soll ich dann meine – gesetzlich erlaubten – Ersparnisse vorstrecken. Ob ich sie wiederbekomme, bleibt offen.«

Gerda Schicha, per E-Mail

Für eine Preisobergrenze

metallzeitung 3/2009, Arbeit,

»Hilfsmittel – Teil des Körpers«

»Ein Blick in das SGB VII, Paragraph 1, zeigt, dass es Aufgabe der Unfallversicherungsträger ist, nach Eintritt von Arbeitsunfällen die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen. Regelmäßig werden Formulierungen wie »medizinisch notwendig« und »mit allen geeigneten Mitteln« gegeneinander ausgespielt oder über den Status gesetzlich Krankenversicherter und gesetzlich Unfallversicherter gestritten. Dass ein Unfallversicherungsträger über eine gewisse Verhältnismäßigkeit wacht und Preisobergrenzen festlegt, ist sicher legitim. Die IG Metall sollten aber für eine Preisobergrenze plädieren, was auch im Sinne der Beschäftigten wäre.«

Michael Abraham, per E-Mail

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der gebührenfreien Rufnummer:

0800 – 446 38 25



TELEFONAKTION VOM 5. MÄRZ ZUM THEMA KURZARBEIT

Frage: Darf der Arbeitgeber einseitig Kurzarbeit anordnen?

Antwort: Nein. Er muss eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat treffen, in der unter anderem folgende Punkte geregelt sind: Beginn und Dauer sowie Lage und Verteilung der Arbeitszeit für die Dauer der Kurzarbeit; Inanspruchnahme von Urlaub statt Kurzarbeit und eine Regelung zu Zeitkonten. Die Kompensation durch Urlaub geht jedoch nur, wenn Arbeitnehmer keine anderen Urlaubswünsche haben.

Frage: Ich arbeite in einer Firma ohne Betriebsrat. Worauf muss ich achten?

Antwort: Die oben genannten Punkte gelten auch für betriebsratslose Betriebe. Kurzarbeit ist erst dann möglich, wenn jeder Beschäftigte schriftlich eingewilligt hat. Ohne diese Zustimmungen zahlt die Arbeitsagentur kein Kurzarbeitergeld. Unser Rat: Genauestens prüfen, was zur Unterschrift vorgelegt wird. Wer in

einer Firma ohne Betriebsrat arbeitet und IG Metall-Mitglied ist, sollte sich rasch bei seiner zuständigen Verwaltungsstelle melden. Mitglieder werden dort beraten.

Frage: Was passiert mit meinem Arbeitszeitkonto?

Antwort: Ein Teil der Zeitkonten ist geschützt: Und zwar, wenn es für die vorzeitige Freistellung vor der Altersrente oder für eine Qualifizierung gedacht ist. Arbeitszeitkonten ohne eine konkrete Zweckbestimmung (also nicht etwa Flexikonten für Auftragschwankungen) müssen bis zehn

Prozent der Jahresarbeitszeit eingesetzt und aufgelöst werden. Was über diese zehn Prozent hinausgeht, ist geschützt. Nach neuer Rechtslage müssen Flexikonten zwar grundsätzlich eingesetzt aber nicht mehr ins Minus gefahren werden.

Frage: Wie hoch ist das Kurzarbeitergeld (Kug)?

Antwort: Kug berechnet sich nach einem pauschalierten »Nettoausfallentgelt«. Es beträgt 67 Prozent

für Arbeitnehmer, die mindestens ein Kind auf der Steuerkarte haben, und 60 Prozent für die übrigen Arbeitnehmer. Dabei kommt es auf ein sogenanntes Sollentgelt und Istentgelt an (siehe Kasten).

Frage: Wirkt sich eine tarifvertraglich geregelte Sonderzahlung auf die Höhe des Kug aus?

Antwort: Nein. Einmalige Zuwendungen wie Gratifikationen, Gewinnbeteiligung, Urlaubsabgeltung und jährlich wiederkehrende Zu-

Viel Fachchinesisch bei der Kurzarbeit

- **Sollentgelt** ist das Bruttoarbeitsentgelt (ohne Einmalzahlungen und Überstundenvergütungen), das der Arbeitnehmer erzielt hätte, wenn er nicht kurzarbeiten würde.
- **Istentgelt** ist das in demselben Zeitraum tatsächlich erzielte Bruttoarbeitsentgelt zuzüglich aller zustehenden Entgeltanteile – einschließlich der Überstundenvergütungen. Auch hier bleiben Einmalzahlungen außen vor.

Foto: Frank Rumpenhorst



wendungen wie Weihnachtsgratifikation oder Urlaubsgeld werden bei der Kug-Berechnung nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

Frage: Wird ein Nebenverdienst beim Kug angerechnet?

Antwort: Wenn die Nebentätigkeit schon vor Beginn der Kurzarbeit durchgeführt wurde, ergeben sich keine Auswirkungen, erfolgt also keine Anrechnung auf das Kurzarbeitergeld. Wer während des Bezugs von Kurzarbeitergeld eine Nebentätigkeit aufnimmt, bekommt den Verdienst auf das so genannte Istentgelt aufgeschlagen, sodass sich das Kug verringert.

Frage: Wer zahlt die Sozialabgaben?

Antwort: Die Sozialversicherungspflicht wird durch Kurzarbeit nicht berührt. Die während der Kurzarbeitsperiode gezahlten Beiträge vom Arbeitsverdienst werden wie üblich vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer gezahlt. Für die ausge-

fallenen Arbeitsstunden fallen Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung nach einem fiktiven Arbeitsentgelt an. Diese Beiträge zahlt der Arbeitgeber.

Frage: Welche Leistungen bekomme ich, wenn ich während der Kurzarbeit krank werde?

Antwort: Arbeitnehmer, die während des Arbeitsausfalls erkranken, erhalten weiterhin Kug. Wer bereits vorher arbeitsunfähig war und Krankengeld bezogen hat, erhält dies weiter von der Krankenkasse.

Frage: Wirkt sich der Bezug von Kug auf die Höhe des Arbeitslosengeldes aus?

Antwort: Falls Beschäftigte nach dem Bezug von Kug arbeitslos werden, berechnet sich das Arbeitslosengeld nach dem Entgelt vor Einführung der Kurzarbeit.

Frage: Werden vom Kug Steuern abgezogen?

Antwort: Nein. Allerdings wird das Kug in der Steuererklärung dem steuerpflichtigen Einkommen hinzugerechnet. Der sich daraus ergebende – wegen des progressiven Steuertarifs naturgemäß höhere – Steuersatz bildet die Grundlage für das zu versteuernde Einkommen. Mögliche Folge: Es fallen Steuernachzahlungen an. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Weitere Infos zur Kurzarbeit für Schwangere und Eltern, zu den tarifvertraglichen Regelungen sowie Rechenbeispiele unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

DIE EXPERTEN VON LINKS NACH RECHTS:

Peter Metz (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen), Caterina Messina (IG Metall-Vorstand, Frankfurt), Wolfgang Stohrer (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen), Tjark Menssen (DGB-Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf)



Nicolas Bauer aus Neckartenzlingen

»GUTES LEBEN«
BEDEUTET FÜR MICH:
... dass ich als junger Beschäftigter eine sichere berufliche Perspektive habe und dass ich beruflich und privat mitgestalten kann. Daher ist die Übernahme nach der Ausbildung für die Zukunft entscheidend.«

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
www.gutes-leben.de

Foto: Jürgen Pollack

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Tag und Nacht im Einsatz für Asbestose-Opfer

metallzeitung sprach mit Herbert Kienke, 66, dem Ersten Vorsitzenden des Vereins »Use Akschen« in Bremen.

metallzeitung: »Use Akschen«, zu deutsch »Unsere AG Weser«, ist ein Erbe der vor 26 Jahren geschlossenen Werft. Hat Euer Verein noch was zu tun?

Herbert Kienke: Jede Menge. Viele ehemalige Beschäftigte haben beispielsweise Probleme, der Rentenversicherung ihre Zeiten der Beschäftigung nachzuweisen. Wir können das lückenlos aufklären, inklusive der jeweiligen Entgelte. Und dann gibt es die an Asbestose Erkrankten ...

metallzeitung: ... aufgrund der Arbeit auf der Werft ...

Kienke: ... ja, es gibt Dutzende Fälle. Seit 2004 sind schon 24 Kollegen daran gestorben. Und es ist nicht leicht, eine Entschädigung durchzusetzen.

metallzeitung: Können Ihr nachweisen, dass die Asbestosen arbeitsbedingt sind?

Kienke: Ja. Wir sind im Besitz einer detaillierten Dokumentation. Ein Kollege hat darin bis zur Schließung 1983 festgehalten, in welchen Abteilungen mit wel-



Foto: Privat

Metaller Kienke erhielt für sein ehrenamtliches Engagement das Bundesverdienstkreuz.

chen Materialien gearbeitet worden ist. So können wir etwa nachweisen, wie die Arbeitsbedingungen eines Rohrschlossers 1966 aussahen. Normalerweise weiß so etwas ja kein Mensch mehr.

metallzeitung: Du hast gerade das Bundesverdienstkreuz erhalten. Spornet Euch das an?

Kienke: Nein. Was ich 25 Jahre gemacht habe, mache ich so weiter. Ich stehe Tag und Nacht für die Kollegen zur Verfügung, ohne uns wären sie hilflos. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de



LAUT UND LEISE

Fotos aus Arbeit und Leben im Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet: Kohlezechen, Stahlwerke, Maloche. Aber auch grüne Wiesen, Wasser – und viele Menschen: beim Arbeiten, Entspannen, Sportmachen, Musizieren, beim Fußballspiel und



beim Demonstrieren gegen die Schließung von Nokia in Bochum.

All das hat Fotograf Manfred Vollmer, der unter anderem seit 1982 für die metallzeitung arbeitet, in diesem Bildband festgehalten – auf fast 200 Fotos. Ungekünstelt und »in echt«. **de**

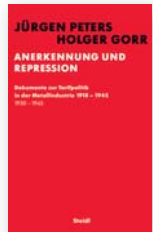
Manfred Vollmer, Wolfgang Berke: »Ruhrgebiet in Echt!«, 2009, 158 Seiten, 19,95 Euro.

Hier gibt es das komplette Buch zum Durchblättern im Internet:

► www.ruhrgebiet-in-echt.de

Metall-Tarifgeschichte von 1918 bis 1945

Mit der Revolution 1918 gewinnen Metallarbeiter für kurze Zeit die Oberhand: Sie erkämpfen den Achtstundentag und die Anerkennung von Gewerkschaften, erstreiken gute Tarife und be-



stimmen in Arbeiterräten mit. Doch das Kapital schlägt bald zurück – und bringt schließlich 1933 die Nazis an die Macht. Die Ge-

werkschaften werden vernichtet, Arbeiterrechte abgeschafft. Aber: Selbst unter den Nazis gibt es Widerstand gegen die totale Ausbeutung. All das zeigt Holger Gorr anhand zahlreicher historischer Dokumente. Ähnlich hatte Gorr bereits die Tarifgeschichte 1945 bis 2002 in seinem Buch »In freier Verhandlung« bearbeitet. **de**

Jürgen Peters (Hg.), Holger Gorr: »Anerkennung und Repression«, 2009, 2 Bände, 2192 S., 45 Euro.

Wie uns die Finanzmafia in den Abgrund reitet

Deutschlands bekanntester Börsenmakler schreibt über die Hintergründe der Finanz- und Wirtschaftskrise. Über Zocker, Wetten, groteske Derivate, Zerti-



fikate und »Kasino-Billionen«, die ohne realen Bezug über den Globus rasen – statt Menschen und realen Unternehmen zu nutzen. Die Ge-

winner: eine Finanz- und Machtelite, die blendet, manipuliert und alles in unserer vermeintlich freien Marktwirtschaft steuert, die die Politik zur Marionette macht, auf Kosten der Beschäftigten und Kleinanleger – und die uns in eine unfaire Globalisierung treibt, die mühsam erkämpfte soziale Standards und Werte zerstört. **de**

Dirk Müller: »Crashkurs«, 2009, Droemer Knaur, 256 S., 18 Euro.

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Schritt für Schritt aus der finanziellen Schieflage

Immer mehr Menschen steht finanziell das Wasser bis zum Halse. Wer früh Hilfe sucht, kommt schneller aus der Misere.



Foto: www.BilderBox.com

Wie ein Rettungsring erscheinen die Angebote von unseriösen Kredithaien.

Arbeitslosigkeit, Konsumkredite oder die Finanzierung für das Eigenheim – fällt das Einkommen weg, bleiben die monatlichen Belastungen für Wohnung oder andere Verpflichtungen. Auch wer sich trennt, gerät schnell in Geldnot. Denn viele Ausgaben müssen dann mit einem Mal doppelt bezahlt werden. Und manch einer tappt sogar in die Fallen von Geldverleiher. Der Grund: Vor allem in Krisenzeiten häufen sich »verlockende« Angebote von unseriösen Kredithaien.

Wer verschuldet ist oder sich in einer finanziellen Notlage befindet, muss eine klaren Kopf behalten und sich der Situation stellen. Niemand sollte sich scheuen, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gerade wenn Zwangsmaßnahmen wie Konto- und Gehaltspfändungen drohen, sollten sich Betroffene an gemeinnützige Schuldnerberatungsstellen bei den Verbraucherzentralen, der Caritas oder dem Diakonischen Werk wenden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Telefonaktion zum Thema Schulden

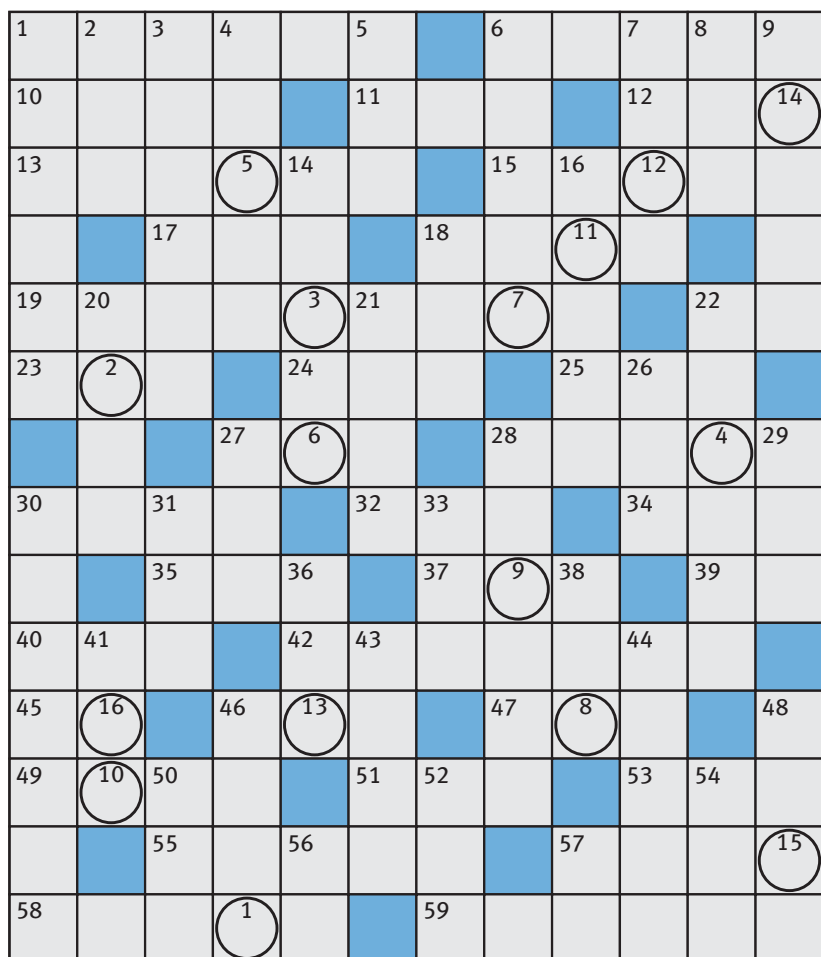
Übersteigen die laufenden Ausgaben regelmäßig die Einnahmen, entsteht eine finanzielle Schieflage, die in der Regel zur Verschuldung führt. Doch wie verhält man sich richtig gegenüber seinen Gläubigern? Wie funktioniert ein persönlicher Budgetplan?



0800 – 446 63 97

metallzeitung bietet am **6. April von 15 bis 18 Uhr** eine Telefonaktion zum Thema. Kostenlos und gebührenfrei. Am Telefon: Schuldenberater von der Verbraucherzentrale, dem Diakonischen Werk und der Caritas.

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----

WAAGERECHT

- 1 geschliffene Parfümflasche
 6 Vulkan
 10 Brantwein aus Rosinen
 11 sächlicher Artikel
 12 Klostervorsteher
 13 Fortwendung, Verzicht
 15 Kosmetikartikel
 17 Kosenamen des Großvaters
 18 Stadt in Nevada
 19 ostafrik. Wildreservat
 22 Abkürzung für: Motorschiff
 23 Schwur
 24 Vorgebirge
 25 Zufluss der Wolga
 27 23. griechischer Buchstabe
 28 unverdiente Milde
 30 mexikan. Währung
 32 Speisefisch
 34 eh. äthiop. Fürst
 35 Autokennzeichen von Meibßen
 37 Schicksal
 39 Autokz. von Mannheim
 40 Halbton unter C
 42 Schraubenlinie
 45 Autokennzeichen von Kitzingen
 46 sprechbegabter Vogel aus Südasien
 47 Strom in Asien
 49 wahrscheinlicher
 51 erste Frau Jakobs
 53 ostspan. Küstenfluss
 55 kl. Kraftrad
 57 Fechthieb
 58 Schlagzeug
 59 Gelagertes für späteren Bedarf

SENKRECHT

- 1 Werkzeug
 2 Ferment im Kälbermagen
 3 Stücklohn
 4 Rückentragkorb
 5 Sender in Hamburg
 6 enthaltsam lebender Frommer
 7 span. Fluss
 8 US-Basketballliga (Abk.)
 9 geograf. Kartenwerk
 14 US-Filmstar (Tom)
 16 negativ geladenes atomares Teilchen
 18 Abk. für eine Staatsform
 20 Eigennamen von Irland
 21 griechische Erdgöttin
 22 frz. Frauenanrede
 26 Hochgebirgsmulde
 27 amerik. Autor † (Edgar A.)
 28 Lobgesang
 29 Weltraumorganisation
 30 fesselnd, spannend
 31 Handy-Kurznachricht (Abk.)
 33 heutiger Name des ehemaligen Boxers Clay
 36 Nebenfluss der Aller
 38 linker Donzufluss
 41 Autozeichen für Äthiopien
 43 Europäer
 44 Hohlmaß
 46 chemisches Element
 48 studierter Mediziner
 50 austral. Strauß
 52 elektronische Datenverarbeitung (Abk.)
 54 Nebenfluss des Arno
 56 Pferdestärke (Abk.)
 57 Autokennzeichen von Trier

Die Gewinner im Februar

Das Lösungswort:

Gleiche Arbeit – gleiches Geld

Erster Preis: Drei Übernachtungen für zwei Personen im Tannhäuser Hotel Rennsteigblick
Robert und Gisela Bierbach, Coburg

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«
Martina Eikenkötter, Warendorf

Dritter Preis: Ein Lexikon »Brockhaus Ernährung«
Stefanie Kruse, Münster

Einsendeschluss

25. April 2009

Die Preise im April



Erster Preis
 Ein digitaler 10-Band-Weltempfänger



Zweiter Preis
 Ein original Steiff-Teddy »Lotte – im Koffer«



Dritter Preis
 Ein »Brockhaus Alternative Medizin«

Bitte das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, **60244** Frankfurt. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**.

Bitte beachten: Die Postleitzahl für das Rätsel hat sich geändert!

DA GEHT WAS

Licht am Ende des Stollens

Für die Bochumer Eisenhütte war die Krise schon vor mehr als zehn Jahren absehbar. Wenn im Bergbau 2018 die Lichter ausgehen, wäre auch ihre Zeit vorbei – wenn sie nicht rechtzeitig nach vorn geschaut, investiert und neue Märkte erschlossen hätte. Weil sie das aber taten, behielten die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze – und es gibt über 50 neue.



Fotos: Thomas Range

Norbert Peters (Dritter von rechts), vorher arbeitslos, und Elhadj Hamar (rechts), vorher Leiharbeiter, verdanken ihre festen Stellen den neuen Kunden.

Kurzarbeit ist in der Bochumer Eisenhütte noch ein Fremdwort. Angst um seinen Arbeitsplatz hat hier niemand. Jetzt. Aber das sah mal anders aus: In den 90er-Jahren, als klar wurde, dass es mit dem Bergbau in nicht allzu ferner Zukunft zu Ende geht. Die Eisenhütte, ein über 150 Jahre altes Familienunternehmen, hatte 140 Jahre nur für den Bergbau gearbeitet. Hatte veredelte Stützträger für Stollen und die Verbindungsteile dafür geliefert. »Uns war klar: Wenn wir auf dem Bergbau sitzen bleiben, ist irgendwann Schluss«, sagt Benno Bargmann, der Betriebsratsvorsitzende.

Also rechtzeitig umsteuern, neue Kunden finden – Betriebsrat und Geschäftsleitung waren sich einig, was zu tun war. »Wir wollten Nischen finden, in denen wir den Standort, die vorhandenen Fertigungsmöglichkeiten, unser Know-

how und vor allem unsere Belegschaft mit ihren Qualifikationen nutzen können«, ergänzt der Geschäftsführer Rüdiger Oostenryck.

Aber wie? Die Betriebsräte brachten die Technologieberatungsstelle des DGB ins Spiel. Mit ihrer und der Hilfe eines Metallurgen der Universität Bochum kam eine ganze Palette möglicher Kunden zusammen, die für die Stahlveredelungstechnik der Eisenhütte, die »Wärmebehandlung«, in Frage kamen. Heute ist der Bergbau längst nicht mehr der einzige Abnehmer. Die Bochumer veredeln jetzt Rohre für Öl- und Gasförderanlagen, Stahlträger für U-Bahn- und Bergtunnel, Bleche für Pflüge und anderes mehr.

Rund 2,5 Millionen investierte das Unternehmen dafür in neue Anlagen und Umbauten. Das hat sich bezahlt gemacht, auch für die

Beschäftigten. Mitte der 90er-Jahre waren von der früher einmal 650 Menschen starken Belegschaft nur 156 übriggeblieben. Und auch die hätten bald auf der Straße gestanden, wenn das Unternehmen sich nicht rechtzeitig neu orientiert hätte. Jetzt sind sie wieder 260.



Benno Bargmann, Betriebsratsvorsitzender, hat sich früh an der Suche nach neuen Ufern beteiligt.

Norbert Peters war wegen Kniegelenkarthrose lange arbeitslos, schrieb viele Bewerbungen, »bei meiner Krankengeschichte – keine Chance«. Seit einigen Jahren arbeitet der jetzt 48-Jährige in der Eisenhütte in der Wärmebehandlung am Härteofen. Norman Brand, 25, Industriemechaniker, und Robert Gatner, 27, Industriekaufmann, wurden beide in der Eisenhütte ausgebildet und danach fest übernommen. Elhadj Hamar, 41, war lange Zeit Leiharbeiter. Auch er ist jetzt fest angestellt. Alle vier verdanken ihre Stellen dem Umstand, dass das Werk rechtzeitig in die Zukunft investierte.

Der Bergbau ist immer noch ein wichtiger Kunde. Aber Bargmann ist zuversichtlich: »Wir bleiben nicht stehen. Die Suche nach neuen Möglichkeiten geht weiter.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

DER RECHTSFALL

Wegeunfälle sind nicht in jedem Fall versichert

Fahrten zur Arbeit sind generell versichert. Aber die Rechtsprechung hat die Entschädigung an sehr enge Vorgaben geknüpft.

Als Brigitte Baumann (Name geändert) um 7.20 Uhr ihre Wohnung in Regensburg verließ, war die Welt noch in Ordnung. Der Wagen parkte startklar vor dem Haus, in 20 Minuten würde sie ihre Arbeitsstelle erreicht haben. Schnell noch mal gegenüber beim Schlachter vorbei – da gibt's so leckeres Frühstück. Doch nach dem Einkauf, kurz vor dem Einsteigen, passierte das Malheur: Die junge Pflanzenbaugärtnerin rutschte auf einer Eisfläche aus und brach sich das rechte Schien- und Wadenbein. Der Rettungswagen brachte sie ins Krankenhaus.

Neben den Schmerzen musste Baumann auch Einkommenseinbußen hinnehmen. Ihre Erwerbsfähigkeit war nun gemindert, sie schaffte ihre frühere Arbeit nicht mehr. Zum Glück gibt es die gesetzliche Unfallversicherung, dachte die Gärtnerin, zum Glück ist der Weg zur Arbeit mitversichert. Doch Baumann wurde bit-

ter enttäuscht. Die beklagte Berufsgenossenschaft lehnte es nämlich ab, sie zu entschädigen und zahlte noch nicht einmal Verletzungsgeld.

Zu Recht, hat der 2. Senat des Bundessozialgerichts in letzter Instanz entschieden (Aktenzeichen B 2 U 15/07 R). Der Weg vom Fleischer zum Auto habe nämlich nicht in sachlichem Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit gestanden, folglich sei der Sturz nach dem Besuch der Fleischerei gar kein Arbeitsunfall.

Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ist lediglich der direkte Weg zur Arbeit versichert. Ein Gang zum Bäcker vor dem Start ist damit ebenso ausgeschlossen wie ein Zwischenstopp beim Kiosk während der Fahrt.

Wer allerdings den Betrieb zum Einkauf einer Mahlzeit während einer Arbeitspause verläßt, genießt den Versicherungsschutz (Aktenzeichen 2 RU 34/95). ■

Fritz.Arndt@igmetall.de



Foto: seen / Fotolia.com

Vor der Arbeit schnell ein Mettbrötchen gekauft, dann auf Glatteis ausgerutscht: Kein Wegeunfall, urteilt die Berufsgenossenschaft.



Foto: Christian v. Polentz / transitfoto.de

Maik Grundmann aus Bernau

»GUTES LEBEN
BEDEUTET FÜR MICH:

... dass ich wie ein Mensch und nicht wie ein Rohstoff behandelt werde, den man züchtet und ausbeutet. Man kann uns nicht nach Belieben beschaffen oder entsorgen.«

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
www.gutes-leben.de

UNSER PRODUKT

Bleistift wird Öko

Bleistifte sind zwar schön lackiert, enthalten aber meist umweltbelastende Stoffe. Die Firma Stabilo hält mit dem »Greengraph« dagegen.

Eine gute Nachricht für alle Bleistift-Fans: Es gibt einen neuen Bleistift, dessen Lackierung umweltverträglich ist. Der Stift ist von der Firma Stabilo und hat den Namen »Greengraph«. Zielgruppe also: Menschen, die viel mit der Hand schreiben und die umweltbewusst leben.

Der Greengraph ist aber nicht einfach nur optisch grün, er ist auch FSC-zertifiziert. FSC steht für »Forest Stewardship Council«, eine Organisation, die den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Wäldern fördert. Viele Holzunternehmen, Waldbesitzer, Umweltorganisationen und auch Gewerkschaften unterstützen den FSC.

Blei ist übrigens heutzutage in Bleistiften gar nicht mehr zu finden. Seit dem 17. Jahrhundert setzen die Hersteller Grafitstäbe in die Holzfassung ein. Da man aber Grafit zunächst fälschlicherweise »Bleierz« nannte, hielt sich der Name »Bleistift« weiterhin und bis heute.

Und wer sich schon immer gefragt hat, wofür eigentlich die Buchstaben am Stiftende stehen, hier die Lösung: H steht für hard (deutsch: hart, die Mine schreibt sehr fein), B für black (deutsch: schwarz, die Mine ist weich und trägt viel Farbe auf), HB ist die goldene Mitte. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Weitere Produkte aus der Green-Linie von Stabilo findet man im Internet unter:
► www.stabilo.com



Foto: Stabilo

IN KÜRZE

Wirtschaft von A-Z

Verteilungsspielraum, Einkommensverteilung oder Stakeholder Value – in der Finanz- und Wirtschaftspolitik kreisen viele spezielle Fachbegriffe umher. Abhilfe schafft das »Wirtschaftslexikon«. Es erklärt fundiert und verständlich mehr als 4000 Begriffe, unter anderem aus den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzen und Börse, Management und Unternehmensrecht. Aber auch viele aus dem Englischen stammende neue Wortschöpfungen sind erläutert.

► Werner Rittershofer:
»**Wirtschafts-Lexikon**«. Beck-Wirtschaftsberater im dtv, 2009. 1104 Seiten. 24,90 Euro.

Ratgeber für Migranten

Migranten kommen aus verschiedenen Gründen und jeweils über andere Wege nach Deutschland. Sie haben einen unterschiedlichen Rechtsstatus sowie abhängig davon andere Rechte. Darum sind Kenntnisse des Ausländerrechts notwendiges Grundwissen. Denn: Das Ausländer- und Asylrecht wurde mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union erneut in wesentlichen Teilen geändert. Alle Neuerungen und die aktuellste Rechtsprechung vermittelt dieser Ratgeber.

► Rolf Gutmann:
»**Rechte für ausländische Arbeitnehmer**«. Bund-Verlag, 2009. 300 Seiten. 19 Euro.

Wie viel behält der Fiskus?

Was bleibt vom Bruttolohn netto übrig? Der »Lohnsteuer-Rechner 2009« ermittelt für jedes Gehalt die exakte Lohn- und Kirchensteuer sowie den Soli-Zuschlag. Die Sozialversicherungsbeiträge zieht der Rechner nicht ab. Und welche Steuerklasse sollten Verheiratete wählen? III und V oder zwei Mal IV? Durch die richtige Kombination sparen Ehepaare Monat für Monat Geld. Der »Steuerklassenvergleich« ermittelt auf den Euro genau, wie viel der Fiskus einbehält.

► www.steuertipps.de
→ Dokumente
→ Steuerrechner

AKTUELL

TIPPS FÜR DEN JOB



Illustration: Adrian Hillman / fotolia.com

Die Suchtspirale stoppen

Alkoholismus ist eine Krankheit, die das Leben zerstören kann. Um die Spirale der Abhängigkeit aufzuhalten, müssen Kollegen und Betriebsräte frühzeitig und offensiv mit dem Problem umgehen, wenn Betroffene nicht aus eigener Kraft von ihrer Sucht loskommen.

Es wird nicht mehr so offen getrunken wie früher, doch das Ausmaß von Alkoholkonsum am Arbeitsplatz ist nicht geringer geworden. Man schätzt, dass fünf Prozent der Beschäftigten in Deutschland Alkoholiker sind, zehn Prozent gelten als gefährdet. Schicht- und Nachtarbeit, monotone Arbeitsabläufe, Termindruck, die Angst vor Arbeitslosigkeit und Burnout begünstigen das Entstehen von Süchten. Die Risiken und Folgekosten sind immens. Etwa 30 Prozent aller Arbeitsunfälle geschehen unter Alkoholeinfluss.

Folgende Merkmale lassen auf risikanten Alkoholkonsum schließen: Ein schwankender Gang, gerötete Augen, lallendes Sprechen, eine »Fahne«, zitternde Hände und nachlassende Konzentration. Was tun, wenn man bei einem Kollegen ein Alkohol-

problem vermutet? »Man sollte ihn darauf ansprechen. Auf keinen Fall sollte man das Verhalten des Kollegen decken und dessen Versäumnisse ausgleichen, damit der Chef nichts merkt«, sagt Eva Zinke, Gesundheitsbeauftragte beim Vorstand der IG Metall. »Damit nimmt er dem Betroffenen die Eigenverantwortung ab.« Und es gilt: Je früher der Betroffene mit seinem Alkoholproblem konfrontiert wird, umso größer ist seine Chance von der Flasche loszukommen.

In Großbetrieben gibt es in der Regel einen Stufenplan mit einer abgestimmten Vorgehensweise, wie Betriebsrat, Suchtbeauftragte und Betriebsarzt dem Alkoholkranken einen Weg aus seiner Abhängigkeit bahnen können. Ziel sollte es sein, den Betroffenen zu einer Suchtberatung oder gar zu einer Therapie zu bewegen. Bei einer erfolgreichen Therapie hat er die Chance, im Betrieb zu bleiben und seinen Arbeitsplatz nicht zu verlieren. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Rechtzeitig mit Prävention beginnen

- Zur Suchtprävention kann jeder Betrieb etwas tun. Etwa durch eine Betriebsvereinbarung zur Suchtprävention und -hilfe, die mit einem Gesundheitsprogramm verknüpft ist.
- Die IG Metall bietet ein Handbuch an, das sich an Betriebsräte, Sicherheitsfachkräfte und Interessierte richtet. Es geht zum Beispiel auf Alkohol-, Nikotin- und Drogenprobleme ein. Man kann es für 5 Euro unter www.igmetall.de/gesundheit/material bestellen.

BESSER MIT BILDUNG

Krise mal einfach erklärt – von »Jungen« für »Junge«

Thyssen-Krupp-Jugendvertreter erklären ihren Azubis die Krise. Ihren Vortrag haben sie auf einem IG Metall-Seminar erarbeitet.

»Einfach auf den Punkt gebracht« und »durch die Bilder viel verständlicher« – so lautet das Fazit der 500 Azubis auf der Jugendversammlung bei Thyssen-Krupp Steel in Duisburg. Innerhalb von sieben Minuten hat ihnen Christian Tißen von der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) die Krise erklärt – mit Cartoons und Filmen: Wie US-Häuslebauer ihre Luftschloss-Kredite nicht mehr abzahlen konnten. Wie Banken aus den faulen Krediten Finanzanlagen zauberten und sich verzockten. Wie dann die Industrie in Absatz- und Geldnot geriet. Und wie so etwas nach IG Metall-Konzept künftig zu verhindern ist.

Ihre Krisen-Präsentation haben Christian Tißen und seine JAV-Kollegin Nina Schwan bei einem Jugend-II-Seminar im IG Metall-Bildungszentrum erarbeitet. Die Teilnehmer suchen sich dort selbst Themen aus. Die Referenten unterstützen sie bei der Recherche und der Gestaltung.

»Als wir zum Seminar kamen, wurde bei uns gerade Kurzarbeit eingeführt«, erklärt Nina. »Wir fragten uns: Wie konnte es so weit

kommen? Wir wollten aufklären, mit einer einfachen Präsentation, die auch andere überall verwenden können.«

Nicht nur die Inhalte, sondern auch die Methoden aus den IG Metall-Seminaren verwenden die JAVs im Betrieb: In Arbeitsgruppen erstellen Azubis Materialien und bereiten Aktionen vor: Flyer zur Kurzarbeit, Projekte gegen Drogen und Rassismus, Tarifaktionen und kürzlich auch eine Aktion für die Übernahme der Azubis, die durch die Krise in Gefahr gerät: Bei einer Betriebsversammlung bauten sich Azubis in Ketten vor den Chefs auf.

Die JAVs wollen weiter auf IG Metall-Seminare gehen. »Was mich beim letzten Seminar wirklich schockiert hat, ist, wie tief der Neoliberalismus schon in die Politik eingedrungen ist«, sagt Nina. »Ich habe mich deshalb schon für das Jugend-III-Seminar im Sommer angemeldet. Da geht's um Globalisierung.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Die Präsentation der Thyssen-Krupp-Javis und mehr Infos:

► www.igmetall.de/metallzeitung



Nina Schwan und Christian Tißen auf der Thyssen-Krupp-Jugendversammlung.



Anika Pfister aus Ravensburg

»**GUTES LEBEN**
BEDEUTET FÜR MICH:

... dass die Menschen zusammen die Gesellschaft gestalten. Nur durch ein gesundes Maß an Solidarität können wir unsere Ziele durchsetzen und unsere Perspektiven sichern.«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

Foto: Felix Kästle

AUF DEM PRÜFSTAND

Nachtspeicherheizungen: teuer und umweltschädlich

Das Heizen mit angeblich sauberem Strom aus der Steckdose ist teuer und belastet obendrein die Umwelt.

Noch vor wenigen Jahren war Nachtstrom richtig preiswert: Drei bis vier Cent berechneten die Energieversorger für eine Kilowattstunde. Viele Menschen setzten daher auf Elektroheizungen, rund 1,5 Millionen Wohnungen in Deutschland werden mit Nachtstrom beheizt.

Inzwischen kostet Nachtstrom 11 bis 15 Cent; die einstige »Billig-Energie« aus der Steckdose ist damit teurer als Gas oder Heizöl. Zudem ist Heizen mit Strom auch noch ineffektiv. Elektroheizungen setzen nämlich nur 33 Prozent der eingesetzten Primärenergie in Wärme um. Gas- und Ölheizungen kommen auf 70 Prozent. Und dann noch die Umweltbelas-

tungen mit den klimaschädlichen Schadstoffen. Nach Angaben der Verbraucherzentralen verursachen die Stromheizungen doppelt so viele wie Gas- oder Ölheizungen.

Der Entwurf der Energiesparverordnung 2009 sieht daher vor, Elektrospeicherheizungen den Garaus zu machen: In allen Gebäuden mit mehr als fünf Wohneinheiten sollen sie bis 2020 stufenweise außer Betrieb gesetzt werden. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Beratung bietet die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz:

► www.verbraucherzentrale-rlp.de
Tel.: 0180560756020

Gibt es Alternativen?

- Der Austausch von Nachtspeicherheizungen ist empfehlenswert. Als Energieträger bieten sich Gas, Erdöl oder Holzpellets an. Auch Fernwärme ist eine Möglichkeit.
- Wenn die Heizung ausgetauscht wird, fallen erhebliche Kosten an. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bietet aber günstige Kredite und Zuschüsse: www.kfw-foerderbank.de

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Arbeitnehmer sollten mitentscheiden

Schaeffler hat seinen Beschäftigten Mitbestimmung lange verweigert. Dann schlitterte das Unternehmen in die Existenz bedrohende Krise – und sagte der IG Metall Mitbestimmung zu. Thyssen-Krupp Steel ist ein mitbestimmter Konzern. Die Vorteile zeigen sich jetzt: Nachdem der Stahl-Riese jahrelang Milliardengewinne gemacht hatte, drohte er jetzt bei den ersten Krisensymptomen mit Personalabbau. Dieser Plan ist vom Tisch. Dafür sorgten die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Gerade in der Krise zeigt sich, wie wichtig echte Mitbestimmung ist. Firmen, in denen Vertreter der Arbeitnehmer wirklich mitentscheiden können, richten ihre Unternehmensstrategien weniger an den Interessen der »Shareholder«, also der Aktionäre, aus. Aktionäre sind an schnellen, hohen Renditen interessiert. Ihre Strategie in der Krise ist, möglichst wenig Kapital zu binden: durch weniger Investitionen oder indem sie Kosten senken, etwa durch Personalabbau. Mitbestimmte Unternehmen orientieren sich dagegen stärker an langfristigen Zielen, an einer sicheren Zukunft des Unternehmens – und sichern damit auch Arbeitsplätze. Zum Beispiel, indem sie in Zukunftstechnologien investieren und neue Produkte und Herstellungsverfahren entwickeln.

Arbeitnehmervertreter in mitbestimmten Unternehmen setzen sich dafür ein, dass langfristige Personalkonzepte umgesetzt werden. Und dafür, dass nicht je nach kurzfristigem Arbeitskräftebedarf geheuert und gefeuert und in der nächsten Boomphase über Facharbeitermangel geklagt wird. Sie bilden Fachleute für die Zukunft aus und halten sie – auch wenn die wirtschaftliche Situation sich zeitweise verschlechtert.

Die Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten können viel tun.

Banker und Manager ohne Verantwortungsgefühl stürzen Betriebe in den Abgrund. Und die Beschäftigten und Steuerzahler müssen es ausbaden. Es wird höchste Zeit für mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Krise zeigt, wie wichtig es ist, dass Arbeitnehmer mehr mitbestimmen.



Thomas Otto: Mitbestimmungsexperte der IG Metall

Aber: In Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten sind sie gesetzlich gar nicht vorgesehen. In Firmen mit weniger als 2000 Mitarbeitern haben Arbeitnehmervertreter nur ein Drittel der Stimmen, können also immer überstimmt werden. Und selbst in Aufsichtsräten, in denen sie die Hälfte der Sitze haben, hat die Kapitalsseite im Konfliktfall die Mehrheit, weil der Vorsitzende, immer ein Vertreter der Kapitalsseite, in Pattsituationen zwei Stimmen besitzt. Nur in der

Zum Autor

Thomas Otto, 38, studierter Diplom-Betriebswirt, ist Ressortleiter für Mitbestimmungs- und Unternehmenspolitik beim IG Metall-Vorstand. Er ist zuständig für die Schulung und Beratung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten. Außerdem betreut er das MAN und ist dort stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

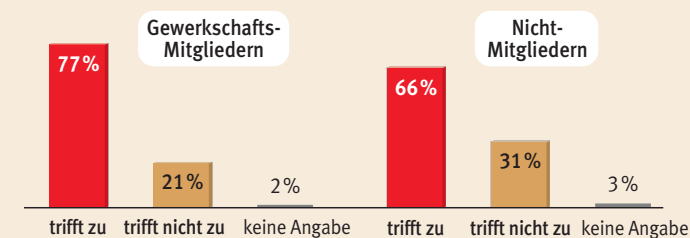
Eisen- und Stahlindustrie gibt es echte Mitbestimmung. Darum will die IG Metall, dass Arbeitnehmervertreter per Gesetz in allen Branchen mehr Einfluss erhalten.

Notwendig ist vor allem, dass sie stärker über die Unternehmenspolitik mitentscheiden. Bisher gibt es außer Personalfragen kaum Themen, die dem Aufsichtsrat vorgelegt werden müssen. Darum muss ein verbindlicher Katalog von Angelegenheiten gesetzlich festgelegt werden, denen der Aufsichtsrat zustimmen muss: Er muss alle Themen enthalten, die für die Zukunft der Unternehmen, ihrer Beschäftigten, der Standorte und die Region wichtig sind. Wie etwa Investitionen, Betriebsverlagerungen oder Kreditaufnahmen. Wie im VW-Gesetz schon geregelt, soll gegen Willen der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat kein Werk geschlossen oder verlegt werden dürfen. ■

Thomas.Otto@igmetall.de

Arbeitnehmer wollen Demokratie im Betrieb

Mitbestimmung schützt Arbeitnehmer in Krisenzeiten, sagen unter ...



Repräsentative Umfrage unter 2005 Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, April bis Mai 2008
Quelle: polis+sinus 2008 | Hans-Böckler-Stiftung 2009 | © mz-grafik 2009

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Q Personalabbau

»Personalabbau« heißt nicht gleich Entlassungen. Es gibt viele Formen. Mit Betriebsrat haben Belegschaften hier bessere Karten.

»Personalabbau« ist ein Instrument von Unternehmen zur Kostensenkung. Dies kann – neben Entlassungen – auch »sozialverträglichere« Formen haben: Einstellungsstopp, Regelungen zum freiwilligen Ausstieg, der Abbau von Leiharbeit, Befristung und Werkverträgen, Arbeitszeitverkürzung oder jede andere Maßnahme zur Senkung des Personalstands. Wenn ein Unternehmen von »Personalabbau« spricht, dann heißt das also nicht gleich, dass Beschäftigte entlassen werden.

Der Betriebsrat bestimmt hier mit. Er hat Beteiligungsrechte bei der Personalplanung. Er kann Per-

sonalabbau bremsen und mildern: die Regelungen für die Beschäftigten aushandeln, etwa Abfindungen und Qualifizierungsmaßnahmen in einem sogenannten Interessenausgleich und Sozialplan – oder anhand der Wirtschaftsdaten Alternativkonzepte vorschlagen, etwa Kurzarbeit statt Entlassungen. Der Betriebsrat darf sich dabei externe Berater und die Gewerkschaft zu Hilfe holen.

Ohne Betriebsrat hingegen haben Beschäftigte kaum Chancen. ■
Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos und Links zum Thema:
► www.igmetall.de/metallzeitung

Ein Betriebsrat schützt bei Personalabbau

Viele Betriebe haben keinen Betriebsrat. Doch Belegschaften ohne Betriebsrat haben bei Personalabbau keine Handlungsmöglichkeiten: Keine Informationen, keine Verhandlungen über Alternativen, keine Transfergesellschaft, keine Abfindungen. Deshalb: Jetzt aktiv werden und mit der IG Metall Betriebsräte wählen. Infos und Hilfe gibt es bei Eurer IG Metall-Verwaltungsstelle:

► www.igmetall.de → Die IG Metall → IG Metall-Adressen

Und Du? Was beschäftigt Dich?

»**GUTES LEBEN**
BEDEUTET:

Gutes Leben kann für jeden etwas anderes bedeuten. Nicht nur der sichere Arbeitsplatz, sondern auch Gesundheit, die Zeit mit den Kindern, die Rente und vieles mehr ist wichtig. Sag Deine Meinung: Füll den Fragebogen aus, der dieser Ausgabe beiliegt!«

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**
www.gutes-leben.de

DIE ZAHL

500 000

Eine Schuldenbremse, mit der das Bundesfinanzministerium die Staatsverschuldung begrenzen will, könnte das Wirtschaftswachstum ausbremsen. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Das Institut hat ausgerechnet, wie sich die Schuldenbremse auf die Wirtschaftsentwicklung ausge-

wirkt hätte, wenn sie bereits im Jahr 2000 eingeführt worden wäre. Das Ergebnis: Das Bruttoinlandsprodukt wäre zwischen 2000 und 2007 um 50 Milliarden Euro weniger gewachsen, und es hätte zeitweise rund 500 000 Beschäftigte weniger gegeben. Schwächere Wirtschaftsentwicklung heißt aber auch geringere Staatseinnahmen, warnen die Forscher. **fam**



Illustration: Stephan Rürup

DAS LETZTE

